

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnements-Preis pränumerando:
 Vierteljährlich 3,30 Mk., monatlich 1,10 Mk.,
 wöchentlich 26 Pfg. frei ins Haus.
 Einzelne Nummer 5 Pfg. Sonntags-
 Nummer mit Illustrirter Sonntags-
 Beilage „Die Neue Welt“ 10 Pfg. Post-
 Abonnement: 3,30 Mark pro Quartal.
 Eingetragen in der Post-Zeitungs-
 Verzeichnisse für 1899 unter Nr. 7820.
 Unter Kreuzband für Deutschland und
 Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das
 übrige Ausland 3 Mark pro Monat.
 Erscheint täglich außer Montage.

Die Insertions-Gebühr
 beträgt für die sechsgepaltenen Kolonnen-
 zeile oder deren Raum 40 Pfg., für
 politische und gewerkschaftliche Vereins-
 und Versammlungs-Anzeigen, sowie
 Arbeitsmarkt 20 Pfg. Inserate für die
 nächste Nummer müssen bis 4 Uhr
 nachmittags in der Expedition abgegeben
 werden. Die Expedition ist an Wochen-
 tagen bis 7 Uhr abends, an Sonn-
 und Festtagen bis 8 Uhr vormittags geöffnet.
 Fernsprecher: Amt 1, Nr. 1508.
 Telegramm-Adresse:
 „Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 19, Benth-Strasse 2.

Freitag, den 17. März 1899.

Expedition: SW. 19, Benth-Strasse 3

Comedia finita.

Die Fosse ist aus. Hinter dem gefallenem Vorhang
 drücken sich Sieger und Besiegte lächelnd die Freundeshand.
 Doch wer ist Sieger und wer ist Besiegter?
 Ist die Regierung besiegt, da ihre Vorlage abgelehnt ist, und
 ist das Zentrum Sieger, weil seine Anträge angenommen
 wurden?

Sämtliche Reformationen sind bewilligt, die Artillerie-
 und Kavallerievermehrungen sind bewilligt, an den Infanterie-
 forderungen sind 7006 Mann gestrichen worden. Mehr hat
 die Regierung noch bei keiner Militärvorlage
 erreicht. Noch 1898 konnte sie selbst durch eine Reichstags-
 auflösung nur eine Majorität von einem halben
 Duzend Stimmen erreichen und mußte sich einen Ab-
 strich um 13 000 Mann von ihren Forderungen gefallen lassen.
 Jetzt sind 7000 Mann abgestrichen worden und die Majorität
 für die Militärvermehrung beträgt über 100 Stimmen.

Braucht sich die Regierung dieser Niederlage zu schämen?
 Hat sie nicht Außerordentliches erreicht? Hat sie je mehr zu
 erreichen erwartet? Würde sie daran gedacht haben, auf dem
 Tischeln über dem i ihrer Forderungen zu bestehen, wenn
 nicht das Verhalten des Reichstags sie dazu ermunterte hätte?
 Noch eine solche „Niederlage“ und die Regierung ist auf
 der Höhe ihrer Erfolge, auch der Schein eines Widerstandes
 des Reichstags gegen irgend eine ihrer Militärforderungen —
 und wäre es die wichtigste — wäre dahin.

Die Zentrumsfraktion war sehr vergnügt. Am
 Dienstag sprach Herr Lieber von den „erregten Tagen“, die
 er soeben durchlebt. Schon am Mittwoch Abend konnte man
 die Zentrumsherren vergnügt beim Münchener Bier sehen, und
 am Dienstag im Reichstag strahlten ihre Gesichter von Freude
 und Glück. Herr Richter hat den Herren der Mitte noch
 den Gefallen, ihnen zu bezeugen, ihre Resolution befuge
 eigentlich nur Selbstverständliches, verpflichte zu nichts. Nur
 die Freude, der Wahlschlacht entronnen zu sein, konnte den
 Reichstagsführer zu dieser falschen Auffassung der Dinge ver-
 führen. Denn nur ein politischer Narr kann heute zweifelhaft
 sein, daß auf der „goldenen Brücke“ der Lieber'schen Resolution
 das Zentrum die letzte Bestrebung in das Regierungslager
 vollendet hat.

Das Zentrum jubelt, weil seine Vorschläge Gesetz ge-
 worden sind und nicht die der Regierung. Das Zentrum
 wird Land auf Land ab verkünden, wie es heldenkühn gegen
 den Drachen Militarismus gestritten und des Volkes bürger-
 liche Interessen gewahrt habe.

In Wahrheit hat das Zentrum nicht gegen den
 Militarismus gestritten, es hat ihn nicht geschwächt, sondern
 gestärkt. 1893 war das Zentrum in der Militäropposition,
 und die v. Fuene und v. Ballestrin, die aus Reich und Glied
 fielen, wurden desavouiert, bei der Neuwahl nicht wieder auf-
 gestellt oder nicht gewählt. Die Zustimmung zum Flotten-
 gesetz zeigte den völligen Umschwung in der Haltung der
 Partei zu Militärfragen. Indem das Zentrum jetzt, schon bei
 der ersten Lesung der Vorlage sich bereit erklärte, jedenfalls
 die Artillerieforderungen zu bewilligen, hatte es endgiltig mit
 seiner Vergangenheit gebrochen. Indem es zwischen erster
 und zweiter Lesung der Budgetkommission auch den Kavallerie-
 forderungen nachgab, that es einen weiteren Schritt. Und
 da die Regierung, die zuerst völlig zufriedenge stellt schien
 durch das, was soweit bewilligt war, sich plötzlich
 ermunterte fühlte, die ihr so weit entgegenkommende,
 einst so spröde Partei völlig an sich heranzuziehen
 und in ihre militärischen Arme zu schließen, da sträubte
 sich das Zentrum einen Augenblick, aber vor der Drohung
 mit der Auflösung des Reichstags schreckte es zusammen und
 gab der Regierung auch das Letzte, was sie gefordert hatte.
 Denn auch nach der Regierungsvorlage sollte die Friedens-
 präsenz von 502 000 Mann nicht sofort, sondern erst nach
 einigen Jahren hergestellt werden und der Reichskanzler
 gab die ausdrückliche Erklärung ab, daß in baldiger
 Zeit die entsprechende Forderung von Neuem an den
 Reichstag gebracht werden würde. Wenn das
 Zentrum es heut nicht auf eine Auflösung des Hauses hat
 ankommen lassen wollen, so wird es dies auch später nicht
 wollen und wird alsdann das, was es in seiner Resolution
 so gut wie versprochen, auch bewilligen. Daran ist nicht ernst-
 haft zu zweifeln.

Der Zentrumsieg ist eine Niederlage gegenüber den An-
 sprüchen der militärischen Regierung, gegenüber der eigenen
 Parteivergangenheit und — gegenüber den eigenen
 Wählern.

Indem das Zentrum vor dem Militarismus kapituliert
 hat, dankt es ab vor den katholischen Wählern als Hort
 der bürgerlichen Lebensinteressen, als Widerpart gegen alle die
 Ungerechtigkeiten und Privilegien des militaristischen Systems,
 gegen die mit eiserner Energie zu weiten die elementarste
 Voraussetzung jeder kulturellen Entwicklung unseres Vater-
 landes ist.

Der Prozeß Gohier.

Paris, 15. März.
 „Wir haben wieder eine Dummheit gemacht!“
 so können nach dem Prozeß Gohier die Minister und ihre
 kerikal-militaristischen Auftraggeber andrufen. Die Gerichts-
 Verhandlungen wie das Geschworenen-Urtheil lehnen sich in gleicher
 Weise gegen die Veranstalter des Prozeßes und die von ihnen in
 Schutz genommene „Armee“.

Der Ursprung des Prozeßes ist bekannt. Anfangs November
 vorigen Jahres, kurz nach dem Sturze Brisson's und dem
 Regierungsantritt Dupuy's, kündigte der kerikal-monarchistische
 Senator Le Provost de Launay eine Interpellation an über die
 Nichtverfolgung des soeben erschienenen Buches von Urbain Gohier:
 „Die Armee gegen die Nation“. Das Buch ist zwar im
 Wesentlichen ein Wiederabdruck von Leitartikeln, die der Verfasser seit
 einem Jahre in der „Aurore“ unbeanstandet veröffentlicht hatte.
 Das Ministerium Melne, durch den Prozeß Zola genöthigt, hatte es
 wohlweislich vorgezogen, die Zeitungsartikel nicht verfolgen zu lassen.
 Dupuy aber handelte anders. Um der Interpellation eines Armees-
 Vertreters aus dem Wege zu gehen, beschloß er die Verfolgung der
 in Buchform erschienenen Artikel.

Man sieht, es war von vornherein ein ausgeprägter politischer
 Tendenzprozeß, der mit einem Rechtszweck nichts gemein hatte.
 Der Tendenzcharakter wurde noch weiter dadurch verschärft, daß die
 Anklage — nach dem berichtigten Muster des Zola-Prozeßes —
 aus einem 336 Seiten umfassenden Buche nur etwa 60 Zeilen
 herausgeholt hat, lauter aus dem Zusammenhang gerissene Sätze,
 die so recht den militärfeindlichen Geist des Verfassers zeigen und
 den Geschworenen ein hochpatriotisches Gruseln einjagen sollten.

Aber die Situation scheint sich seit dem Zola-Prozeß doch
 gründlich verändert zu haben. Ja, sie ist sogar nicht mehr dieselbe,
 wie zur Zeit der Einleitung des Prozeßes Gohier. Der Tod
 Felix Faure's, die Wahl Loubets, der Hägliche
 Pronunciamento-Versuch Déroulède's und die
 damit zusammenhängende Zerrüttung und Entmuthigung der
 lärmenden patriotisch-antisemitisch-robakistischen Organisationen —
 all' dieses hat die Rechnung der Verfolger Gohier's durchkreuzt.
 Das Geschick, das in Frankreich stets — man kann sagen: so
 ziemlich für alle politischen Richtungen — sich an einen Prozeß
 heftet, konnte diesmal nicht durch die Anführung einer militär-
 patriotischen Schredensstimmung weitgemacht werden. Die strengen
 polizeilichen Sicherheitsvorkehrungen zur Vermeidung von Ausfällen
 im Gerichtssaal und auf der Straße haben sich ganz überflüssig erwiesen.
 Alles spielte sich im und um das Justizpalais so ruhig ab, wie
 bei jedem gewöhnlichen Kriminalprozeß. Die Offiziere in Zivil, die
 den Gerichtssaal im Zola-Prozeß füllten, blieben diesmal zu Hause,
 ebenso wie die gewerksmäßigen Veranstalter von „patriotischen“
 Umgebungen nebst ihren freiwilligen und bezahlten Armees-
 Anführern.

Die Geschworenen konnten also ohne Furcht und ohne Gefahr
 ihrem Gewissen folgen — und sie haben Recht gesprochen.

Richter Gohier sah auf der Anklagebank, sondern der von ihm mit
 ebensoviel Sachkenntnis wie Talent und Feuer gebrandmarkte Militarismus.
 Die Staatsanwaltschaft, d. h. die Regierung, hatte sich nicht
 getraut, Belastungszeugen gegen Gohier vorladen zu lassen. Was
 hätten auch diese Zeugen gegen die dokumentarisch erwiesenen,
 himmelschreienden Thatlagen des Gohier'schen Buches sagen können?
 War es doch der Angeklagte, der die Vorladung des Kriegsministers
 Freycinet, des Marineministers Lacroix und des Präsidenten Felix
 Faure (in dessen Eigenschaft als Marineminister zur Zeit der Vor-
 bereitungen der Madagaskar-Expedition) zu seiner Verteidigung
 beantragt hatte! Dem Antrag wurde selbstverständlich nicht
 stattgegeben. Und der Marineminister Lacroix, der selbst als Abge-
 ordneter und Schriftsteller die Mißwirtschaft in der Marine gegeistelt
 hatte, sah sich sogar genöthigt, die ursprünglich von ihm gegen
 Gohier auch im Rahmen der beleidigten Marine angebrachte Klage
 wieder zurückzugeben.

Die Beweisaufnahme bestand somit lediglich im Verhör von
 Entlastungszeugen, in der Erbringung des Wahrheitsbeweises
 seitens des Angeklagten. Da wurden dem Militarismus mehr und
 namentlich wirkungsvollere Brandmole aufgedrückt, als dies in
 einem Duzend antimilitaristischer Bücher möglich wäre. Den stärksten
 Eindruck haben die Aussagen der militärischen Entlastungs-
 zeugen gemacht. Ja, es gab militärische Entlastungszeugen zu Gunsten
 Gohier's! Es waren nämlich Offiziere a. D., gemahregelte ehrliche
 Opfer der verrotteten militärischen Oligarchie, deren Schicksale Gohier
 in seinem Buche dargestellt hat. Sie erzählten in einer von zurück-
 gehaltener Entrüstung behenden Sprache die Geschichte ihres
 Martyriums wegen des Versuches, ihre Pflicht treu zu erfüllen. Major
 Phylakowsky hatte Fälschungen in der Buchführung seines
 Regiments entdeckt, der Militärarzt, Major Boyer, den Hauptmann
 Bonis der Päderastie an den Soldaten überführt, Oberst
 Alloire systematische Unterschlagungen und Fälschungen
 in der Buchführung nachgewiesen — Ort, Zeit und Einzel-
 heiten sind verschieden, aber Verlauf und Ausgang in allen Fällen
 dieselben. Die pflichttreuen Offiziere werden so lange drangsalirt, bis
 sie zum Abchied gezwungen werden, während die von ihnen ent-
 lasteten Fälscher, Diebe und Verbrecher zur höheren Ehre der Armee
 von allen militärischen Instanzen geschützt werden, so lange und so
 weit es nur möglich ist. Der von Phylakowsky erwirkte Fälscher
 kommt schließlich mit einer — Verweisung nach einem anderen
 Regiment davon; der Päderast Bonis wird, nachdem der Fall zur
 Kenntniz des Parlaments gelangt war, mit der — Pensionierung
 „bestraft“; und nur einer der vom Obersten Alloire entlasteten Fälscher
 und Mörder, ein Kapitän, wurde militärgerichtlich zu — drei Jahren
 Gefängnis verurtheilt, nachdem der kommandierende General dreimal
 hintereinander das Zustandekommen der militärgerichtlichen Ver-
 folgung verhindert hatte. . . . Der vierte militärische Entlastungs-
 zeuge, Oberst Humbert, ein Offizier mit einer glanzvollen militä-
 rischen Vergangenheit, fiel zum Opfer der Vetterwirtschaft und
 insbesondere der Feindschaft des Generals Vorguis-Desbordes. Er
 hatte dann diesen General, wie er vor Gericht ausfragte — nach ver-
 geblicher jahrelanger Beschwerdeführung bei allen Instanzen — in einer
 öffentlichen Prozedur „der Schärferet“, der Lüge und der Wieder-
 trachtigkeit überführt. Selbstverständlich hat weder der General
 noch das Kriegsministerium es gewagt, die Prozedur gerichtlich ver-
 folgen zu lassen. . . .

Von den weiteren Zeugenansagen sei noch diejenige Camille
 Pelletan's erwähnt, des General-Berichterstatters des diesjährigen
 Budgets, der seit vielen Jahren in der Deputiertenkammer und in
 den Budgetkommissionen vorzugsweise gegen die Mißwirtschaft in
 der Armeeverwaltung ankämpft. Er hielt am Zeugenstand eine seiner
 besten parlamentarischen Reden, voll sprudelnden Witzes und beider-
 Satire, die aber durchweg auf eine Ueberschuldung von Thatfachen und Zahlen
 beruhen. An der Hand des ihm quellennähig bekannten Materials
 wies er namentlich die Vergeudung des Kriegs- und Marinebudgets
 nach, der einzige Kapitel des Gohier'schen Buches gewidmet sind.
 Die betreffenden Ministerien, so führte Pelletan aus, mißachteten

systematisch die Parlamentsbeschlüsse. Der Mangel an einer ordent-
 lichen Buchführung machte jede Kontrolle unmöglich. Der Lieferanten-
 schwindel sei unausrottbar und mitunter nachweislich von der Ver-
 waltung begünstigt zc. Und zwar bekräftigte Pelletan, wie gesagt,
 jede einzelne Behauptung durch feststehende, amtlich und gerichtlich
 erwiesene Thatfachen.

Der Staatsanwalt konnte die für die Anklage niederschmetternde
 Beweisaufnahme bei allem Eifer nicht um Haarsbreite erschüttern.
 Sein patriotischer Zorn aber verpuffte wirkungslos bei dem un-
 günstigen Resonanzboden. Die sechsständige Vertheidigungsrede
 Albert Clémenceau's, des jüngeren Bruders von Georges Clémenceau,
 hat der Anklage den Rest gegeben.

Gohier ist freigesprochen, der Militarismus
 verurtheilt und mit ihm der Chauvinismus der blinden
 Armee-Verehrer, die — nach Pelletan's Ausdruck — eine
 „spanische Anbetung der Wühbrände und Mißstände verlangen, die
 Frankreich einst an den Rand des Abgrundes gebracht haben“.

Die Generalschabpresse sucht, mit ein paar Ausnahmen, gute
 Miene zum bösen Spiel zu machen. Selbst Drumont's „Libre
 Parole“, der übrigens die unbeschränkte französische Pressefreiheit für
 ihre systematische demagogische Hez- und Chantage-Taktik sehr zu
 schätzen kommt, stellt sich zufrieden, daß aus dem Prozeß Gohier die
 freie Meinungsäußerung unverfehrt hervorgegangen sei. Diese Fosse
 kann aber niemand darüber hinwegtäuschen, daß der Wahrspruch der
 Geschworenen zugleich ein bedeutungsvolles Anzeichen ist für die inner-
 liche Befreiung der Öffentlichkeit vom chauvinistischen Militä-
 schrecken.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 16. März.

Der Reichstag.

Die politische Bedeutung der Donnerstag-Sitzung des
 Reichstages besprechen wir im Leitartikel. Das äußere Bild
 des Hauses war nicht minder lebhaft als am Dienstag. Das
 Publikum erwartete einen Tag, noch größer, noch dramatischer,
 als die vorhergehende Sitzung. Aber aus dem Hause selbst
 war die Spannung längst gewichen. Die Abgeordneten
 kannten den Ausgang des Spiels. Der Mittwoch als
 „Rogeltag“ hatte seine Schuldigkeit gethan. Die Reden des
 Dr. Lieber und des Kriegsministers und Reichskanzlers ließen
 kalt. Richter wandte sich nochmals scharf gegen die Re-
 gierung der Regierungslosigkeit und der Blödigkeit, behandelte
 dagegen das Zentrum mit selbstsamer Schonung. Was in
 dieser Beziehung Richter verurteilt hatte, holte unser Partei-
 genosse Bebel nach. Er geißelte die Zentrumsunterwerfung
 unter die Diktate des Militarismus und charakterisierte die
 Liber'sche Resolution als einen Wechsel, der bald fällig sein
 werde und den das Zentrum dann zur vollsten Zufriedenheit des
 Regierungsgläubigers einlösen müßte und einlösen werde. Bebel
 kritisierte ferner eindringlich das wahnwitzige System der mili-
 tärlichen Wettrüstungen und gab eine Darlegung der inter-
 nationalen Situation, die in keiner Weise die Nothwendigkeit
 dieser Militärvorlage rechtfertigte.

Die Gesamtabstimmung über die Vorlage nach den Beschlüssen
 der Kommission war eine namentliche. Sie wurde mit 222
 gegen 132 Stimmen angenommen. Gegen die Vorlage
 stimmten die Sozialdemokraten, die freisinnige und süd-
 deutsche Volkspartei, von der freisinnigen Vereinigung Abg.
 Riß, die Polen, Welfen, bayerischen Bauernbündler und einige
 bayerische Zentrumsabgeordnete, außerdem die Antisemiten;
 letztere, weil es ihnen nicht gefiel, daß nicht auch die 7000 Mann
 sofort bewilligt wurden. —

Die Angst vor der Auflösung.

In der Jarce vom wilden Lieber, die in dieser Woche
 dem Reichstag ein volles Haus verschaffte, ist das treibende
 Motiv der Situationspanne die heillose Angst vor der Auf-
 lösung, die alle Parteien gebannt hielt, ausgenommen die
 Sozialdemokratie und das die Regie führende Zentrum, dessen
 Verhalten sich aus der Abneigung erklärt, die Regierungsfähigkeit
 einzubüßen oder zu vermindern, andererseits aus der
 Rücksicht auf die Gegner des Militarismus in der eigenen
 Partei.

Der „kühne“ Abstrich um 7006 Mann — wir haben nicht
 nöthig, die „sachliche“ Zentrumskomödie mitzuspielen — wurde
 veranlaßt durch das Verhalten der widerstrebenden Partei-
 mitglieder; es galt, den grundsätzlichen Umsall in der Militär-
 vorlage durch diese oppositionelle Finte vor den Gläubigen zu
 verhehlen. Alles wäre in schönster Ordnung verlaufen,
 die Regierung hatte sich mit dem Abstrich einverstanden erklärt.
 Da kam plötzlich von der entscheidenden Stelle der unerwartete
 Einspruch. Das veränderte die Situation. Die Regierung
 ward „hart“. Das Zentrum sah sich vor die Entscheidung
 gestellt, entweder abermals umzufallen oder es mit der Re-
 gierung zu verderben.

Die konservativen Parteien hatten Anfangs nicht übel
 Lust, ein Wischen Konflikt zu spielen. Aber in den
 Fraktionsitzungen, die der Dienstagsitzung voraus gingen,
 wurden die Scharfmacher müdtern. Die Furcht vor der
 Sozialdemokratie, die allein bei der Auflösung gewinnen
 würde, siegte über ihre Konfliktlusternheit; man kann ja im
 Zeitalter der Blödigkeiten die Ausbentungsfähigkeit eines
 Konflikt nicht berechnen. Daher die weinerliche Haltung der
 Ledebow und Kardorf in der Dienstagsitzung.

Nicht minder groß aber war die Angst vor der Auflösung
 bei den übrigen Parteien, namentlich bei den Freisinnigen.
 Nur so läßt sich die ganz ungläubliche Haltung Richter's
 in der „Freisinnigen Zeitung“ und im Reichstag verstehen.
 Eugen Richter, sonst der spürsinnigste Verfechter konstitutioneller
 Rechte, spielt wahrhaftig die Zentrumskomödie mit. Er fabelt

von einer Niederlage und Nachgiebigkeit der Regierung. Er findet — nach dem Muster des berühmten Klubs — das falsche Spiel der Zentrumsresolution „harmlos“, und er verlangt, man solle ihm plötzlich solchen Grad parlamentarischer Naivität zutrauen. Die Angst vor der Auflösung veranlaßt Richter, sich hinter die lägliche Fiktion zu verziehen, obwohl doch der Kriegsminister keinen Zweifel darüber gelassen hatte, daß die Resolution gleichbedeutend sei mit der Demission der 700 Köpfe. Ja, in Wahrheit ist die Resolution für die Regierung mehr wert als nur 700 Mann. Das ist die wertvolle Lehre der unwürdigen Post: Das Eingeständnis hilfloser Schwäche in den bürgerlichen Parteien, insonderheit im Freisinn. Sie dürfen nicht einmal den Mut der Wahrheit mehr haben und müssen alle zusammen mit niedrigen Diplomatenkunststücken drohenden Konflikten ausweichen. „Man würde glauben, hier einen Konflikt zu verhindern und doch den Boden düngen durch solche Nachgiebigkeit, auf welchem überall neue Konflikte hervorwachsen müßten,“ so deklarirte Eugen Richter am Donnerstag. In Wirklichkeit hat er selbst redliche Düngearbeit geleistet, indem er die Geschichte von dem Sieg des Reichstags erfand.

Preussisches Abgeordnetenhaus.

So fleißig, wie gestern Abend und heute ist das Abgeordnetenhaus lange nicht gewesen. Der ganze Rest des Aufsatzes wurde durchberathen, oder besser gesagt, durchflogen. Denn eine Verathung kann man die Art und Weise, wie das Haus den Etat erledigte, kaum nennen. Hielten sich die Mitglieder früher in endlosen Debatten über die nebensächlichsten Dinge ergangen, so suchten sie nun diesen Nebensache wieder gut zu machen, daß sie die wichtigsten Kapitel fast ohne Debatte erledigten. Hierzu sind namentlich die Kapitel „technisches Unterrichtswesen“ und „Medizinalwesen“ zu rechnen. Der zu diesem Kapitel gestellte Antrag der Freisinnigen, betr. die fakultative Feuerbestattung, wurde zurückgezogen, um die Etatsberatung nicht unnütz aufzuhalten.

Da das Haus den Etat mit Gewalt bis Ende dieser Woche fertigstellen will, findet heute wieder eine Abend Sitzung statt, um die noch nicht in zweiter Lesung berathenen Etats zu erledigen. Morgen und Sonnabend soll die dritte Lesung erfolgen, damit das Herrenhaus, das am Dienstag zusammentritt, am Mittwoch nächster Woche den Etat beraten kann.

Ueber die Abrüstungskonferenz

entnehmen wir einem Amsterdamer Bericht der „Voss. Ztg.“ die folgenden Mittheilungen:

Nach allem, was über die Abrüstungskonferenz in die Oeffentlichkeit dringt, ist man in den maßgebenden und höchsten Kreisen in Haag nicht gerade erbaud darüber, daß die Residenzstadt des Königreichs der Niederlande zum Sitz der Konferenz erkorren worden ist. Abgesehen von den doch sehr fragwürdigen Ergebnissen dieser Konferenz, bei deren Remnung nicht nur Diplomaten von Beruf, sondern auch Laien sich des bekannten Räselus der römischen Aegurca nicht erhehren können, ist die Frage der Präsentationskosten denn doch keine so unbedeutende und gleichgültige. Wie ein Blatt der Residenz mittheilt, hat die Königin das „Huis ten Bosch“ für die Verhandlungen der Konferenz zur Verfügung gestellt, diese soll am 18. Mai eröffnet werden und in drei Abtheilungen zerfallen, von denen die erste sich eigens mit der Abrüstungsfrage, namentlich mit der Herabsetzung der Präsenzstärke der stehenden Heere, die zweite mit dem internationalen Schiedsgericht und die dritte mit allen anderen Anträgen zu befassen haben wird. Dabei soll jede Abtheilung ganz selbständig auftreten und ihren eigenen Präsidenten haben, jede erstattet auch einen besonderen Bericht, der dann dem Plenum der Konferenz vorgelegt wird, um darüber zu entscheiden; die Mitglieder der Abtheilungen werden durch das Votum der einzelnen Abtheilungen zugewiesen; bei Meinungsverschiedenheiten oder Stimmengleichheit treten die Vorsitz der drei Abtheilungen als schiedsrichterliches Komitee auf. Wie man sieht, wird die Befestigung der Geschäftsordnung schon genug Arbeit und noch mehr Tinte und Papier kosten.

Nichts von Gustaf!

Wir berichteten vor ein paar Tagen von dem gegen den Kronprinzen von Schweden verübten Schnee-Attentat. Im Ansehung an dieses Vorkommnis erzählt die „Post“ folgendes Geschichtchen:

„Es wird behauptet, daß König Oskar vor seiner letzten Krankheit in einer Staatsrathssitzung geäußert habe, das Protokoll zu unterzeichnen. Der Kronprinz wartete auf ihn im Nebenzimmer. Da sagte der König: „Bitte, warten Sie einen Augenblick, meine Herren, ich muß zuerst mit Gustaf sprechen.“ Im selben Moment erhob sich der norwegische Minister-Präsident und sagte: „Majestät, in unserer Verfassung steht nichts von Gustaf. Wenn daher Euer Majestät den Staatsrath verlassen, ohne das Protokoll zu unterzeichnen, so werde auch ich gehen und nicht wieder hierher kommen.“ Der König blieb sitzen und unterzeichnete.“

Die „Post“ fügt hinzu, daß der Ministerpräsident ein Sohn norwegischer Bauern ist, deren Dachstuhl keine Grenze kennt. Das Blatt kann sich aber nicht vorstellen, daß es ein Land gibt, in dem Volk und Regierung auf strenge Verfassungsmäßigkeit halten, wo Nebenregierungen und unterantwärtliche Rathgeber keine Stätte finden. Das erscheint ihr „dieschädlich“, und an anderer Stelle nennt sie deshalb die Norweger mit einem ungründlichen Witz „ein Volk von Symbolisten“. Der Wauer, den sie im Deutschen Reich mit Liebesungen und Ehrentiteln überhäuft, ist ihr in Norwegen — ein Dachstuhl!

Wie anarchistische Bomben-Attentate entstehen. Im Oktober 1898 wurde, wer nicht an den egyptischen Bombenanschlag gegen den deutschen Kaiser und an eine fürchterliche Verschwörung zur Ermordung sämtlicher Staatsoberhäupter glauben wollte, als Anarchist und Königsmörder gebrandmarkt. Vor drei Wochen veröffentlichte noch der Minister des Innern, Herr v. d. Rehe, daß leider der Anschlag kein Schwindel gewesen sei, sondern ihm sehr ernste Thatfachen zu Grunde gelegen haben. Am letzten Sonnabend mußte aber schon der Vertreter des auswärtigen Amtes im Reichstage angeben, daß für den Anschlag gegen den Kaiser kein Beweis erbracht sei; es sei aber auch nichts, so fügte er hinzu, erwiesen, was darauf schließen ließe, daß es sich um Politik handele. Jetzt erhält die „Voss. Ztg.“ folgende Mittheilung:

Mailand, 15. März. Dem hiesigen „Corriere“ wird aus Ancona gemeldet, der Staatsanwalt am dortigen Appellhof sei zu der Ueberzeugung gelangt, daß angeblich in Alexandrien gegen das Leben Kaiser Wilhelm's geplante Anschlag beruht lediglich auf Erfindung einiger Polizeibeamten, gegen die jetzt Anklage erhoben werden soll.

Es war also nichts mit dem alexandrinischen Attentat. Und die internationalen Vödschpiel müssen in Zukunft geschickter sein, wenn sie wieder Bombenanschläge in Szene setzen.

Deutsches Reich.

Miquel in der Falle.

In den Verhandlungen des preussischen Abgeordnetenhauses über den Antrag Camp, betreffend die sogenannte Leutenoth (Anfang Februar d. J.) spielten auch die Berichte des Vereins für Sozialpolitik eine Rolle. Die Opposition gegen die agrarischen Wünsche, besonders die Herren Dr. Barth und Dirck, hatte sich auf diese Berichte berufen und daraus be-

wiesen, daß es nöthiger wäre, die Lage der Arbeiter auf dem Lande zu bessern, als Wahregeln gegen die „Leutenoth“ zu ergreifen. Den Agrariern kam der Oberagrarier Herr v. Miquel zu Hilfe, indem er die Berichte des genannten Vereins als unpartheiisch und unmaßgeblich bezeichnete, weil sie nicht von Männern der Praxis herrührten — sondern „unwissenschaftlich“ seien; die Agrarier hätten die Dinge aus eigener Anschauung geschildert, das seien die richtigen Berichterstatter, aber was da der Verein für Sozialpolitik berichtet hat, das seien Behauptungen von einzelnen Personen, auf die man gar nichts geben könne.

Herr v. Miquel hatte damit dem Unternehmertum aus der Seele gesprochen. Von der „Deutschen Industrie-Zeitung“ wurde ihm bald darauf beigemutet, daß er das Richtige getroffen hat mit seiner „klaren Abgabe der Regierung an jene „wissenschaftlichen“ Bestrebungen, die angeblich nur unparteiisch gesammeltes Material liefern wollen, in Wirklichkeit aber in der Presse und namentlich auf den Generalversammlungen des genannten Vereins zu tendenziöser Fälschung der Thatfachen und Zahlen sühnen.“

Jetzt nimmt nun Dr. Weber-Heidelberg, der Verfasser des Berichts über die Landarbeiter, in der „Sozialen Praxis“ das Wort dazu. Er erklärt, daß die Auskünfte, auf denen sein Bericht beruht, ausschließlich von solchen Personen herrühren, die ihm von den Interessenvertretungen der Landwirthe als geeignete Auskunftspersonen bezeichnet worden sind. Das waren also gerade solche Personen, von denen Herr v. Miquel sagte, sie seien die geeignetsten Berichterstatter, und wodurch er bewiesen wollte, daß Camp und Genossen, nicht aber der Verein für Sozialpolitik die Lage der Landarbeiter richtig geschildert hätten.

Herr v. Miquel ist diesmal in seiner blinden Liebe für die Agrarier in die Fuchsfalle getappt, die er sonst so talentvoll zu vermeiden weiß.

Ein Umsürzler der Reiderordnung.

In parlamentarischen Kreisen surfert ein niedliches Geschichtchen über die Audienz, die Herr Cecil Rhodes beim Kaiser hatte. Das Geschichtchen bezieht sich nicht auf den Inhalt der Unterredung, sondern knüpft an eine Aeußerlichkeit — den Anzug, den der Engländer trug — an. Der ungetrönte König von Rhodesien, der Mitglied des Geheimraths der Königin von England ist, und Toilettevorschriften genau kennt, kam zum deutschen Kaiser in einem Anzug, den er sonst wohl gewöhnlich bei Ausübung des Sports tragen wird.

Herr Rhodes, der zu einer feierlichen Audienz geladen war, erschien in einem hellen Anzug, dito Jackett und einem kleinen hellen Hüthen — also nicht „in full dress“ (vollem Gesellschaftsanzug), der sonst mit peinlicher Strenge bei solchen Gelegenheiten eingehalten wird. Dieses Auftreten des Herrn Rhodes bildet den Gesprächsstoff bei den Zusammenkünften der „hohen und höchsten Gesellschaft“ und man ist nicht zweifelhaft darüber, daß Herr Rhodes auch in seiner äußeren Erscheinung zeigen wollte, daß er weiß, was er sich in Berlin leisten kann.

Das Erlaunen über das Audienzkostüm des Herrn Rhodes ist selbstverständlich auf die höflich-kolonial-militär-politischen Kreise beschränkt — wie sind der Meinung, daß es nicht der Mod ist, der den Mann macht — aber es ist gerade vom Standpunkt der nationalen Kolonialschwärmer sehr charakteristisch, daß gegenüber dem ungewöhnlichen Verhalten des Abgesandten der internationalen Kapitalinteressen offiziell tiefes Stillstehen proklamirt wurde und beobachtet wird.

Ueber die von Cecil Rhodes in Berlin erzielten Erfolge wird gemeldet, am Mittwoch sei der Vertrag über die Durchführung der Telegraphenlinie vom Kap nach Kairo durch das deutsch-ostafrikanische Gebiet unterzeichnet worden. Betreffs des Eisenbahnbauwes ist man noch nicht so weit; auch in dieser Beziehung ist man aber zu gemeinsamen Geschäftspunkten gelangt, welche eine einträgliche Verbindung erwarten lassen. Die Richtung, welche für die Rhodes'sche Nord-Süd-Bahn auf deutsch-ostafrikanischem Gebiet in Aussicht genommen ist, soll für den Anschluß der deutsch-ostafrikanischen Zentralbahn sehr geeignet sein; als Kreuzungspunkt ist Tabora in Aussicht genommen. — Die Sache scheint auch dem deutschen Geldbeutel bedenklich nahe zu kommen.

Sozialreformerische Abrüstung. Die Seelenstimmung unserer Industriellen erlennt man aus einer Aeußerung der Berliner Politischen Radikalen, in denen Herr Schweburg für einige tausend Mark jährlich nicht nur die Sozialdemokraten, sondern auch die Sozialreformer vernichtet.

Ende April soll unter dem Vorhild des ehemaligen Ministers Herrn v. Berlepsch in Berlin eine Versammlung stattfinden, welche die Errichtung einer internationalen Vereinigung zur Förderung der Arbeiterschaft-Geleitzung in den einzelnen Staaten ins Werk setzen soll. Die Berliner Polit. Radikalen benutzen die Gelegenheit zu einem fabelhaften Preisstück auf unsere reichsdeutschen gewaltigen sozialpolitischen Leistungen. Für die Bäderarbeiter scheint sogar etwas zu viel gethan zu sein. So sei also „nicht recht einzusehen, in welcher Weise die internationale Vereinigung für Deutschland in Thätigkeit treten“ wolle. Und höhrend fügt sie hinzu:

„Man wird deshalb wohl in der Annahme nicht fehlgehen, daß die Vereinigung ihr Hauptaugenmerk darauf richten wird, daß das Ausland demogen wird, Deutschland auf dem Gebiete der Arbeiterschaftes allmähig zu folgen. Würde dazu noch die Anfeuerung des Auslandes zur Befolgung des deutschen Beispiels bezüglich der Arbeiterversicherung treten, so könnten die Arbeitgeber Deutschlands sich mit den Zielen dieser neuen Vereinigung nur einverstanden erklären. Die neue internationale Vereinigung würde sich dann allerdings nicht versehen können, daß sie eine schwere Arbeit auf sich nimmt; denn, soweit bisher ersichtlich, hat sich die Arbeiterschaft keines fremden Staates so opferwillig und fürsorgend für die Arbeiterschaft gezeigt, wie die deutsche. Jedoch ist es ja möglich, daß hierin infolge des Auftretens der neuen Vereinigung eine Aenderung eintritt. Zu wünschen wäre es schon im Interesse der Erhaltung der Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Industrie auf dem Weltmarkte.“

Man erkennt aus diesen Sätzen, wie begeistert die edle deutsche Arbeiterschaft für die soziale Verbesserung der Arbeiter ist. Sie beten zum heiligen Florian: Beschütz mein Haus vor der Sozialpolitik, zünd' andere an!

Unterstützung der Veteranen. Im preuß. Abgeordnetenhaus ist mit Unterstützung der freikonservativen Partei und zahlreicher Mitglieder des Zentrums, der Nationalliberalen und der freisinnigen Vereinigung beantragt worden, im Bundesrathe dahin zu wirken, daß die Mittel, welche zur Gewährung von Beihilfen von 120 M. an alle nach dem Gefetze vom 22. Mai 1895 Artikel 3 als berechtigt anerkannte Veteranen fehlen, durch einen Nachtragetat für das Rechnungsjahr 1899 alsbald beschafft werden.

Die Harden-Fabeln Franz Mehring's sind soeben in zweiter vermehrter Auflage erschienen. Harden hatte nach der Hinrichtung verurtheilt, der Welt vorzuziehen, er sei noch völlig lebendig. Mehring beweist ihm nun gründlich, daß er todt, ganz todt sei.

Vom schlesischen Judenthums-Grafen. Die Staatsanwaltschaft in Glogau hat das gegen den Grafen P. d. e. Klein-Tschirne wegen dessen zweiter antisemitischen Rede eingeleitete Strafverfahren eingestellt.

Ausland.

Märzfeier in Frankreich.

In Frankreich wird der 18. März dieses Jahr zum ersten Mal einheitlich von allen Fraktionen gefeiert werden. Der sozialistische Verhandlungs-Konferenz-Komitee d'Entente socialiste — hat für Paris die gemeinsame Feier angeordnet, und

in der „Provinz“ wird dieses Beispiel unzweifelhaft allgemein befolgt werden. Es zeigt dies von neuem, daß die Einigung der französischen Sozialdemokratie auf dem besten Wege ist, vollendete Thatfache zu werden.

Oesterreich-Ungarn.

Mit dem ambulanten Gerichtshand der Presse räumt in anerkennenswerther Gründlichkeit und Klarheit die neue Strafprozess-Ordnung für — Ungarn auf. Diefelbe bestimmt, daß zum Verfahren dasjenige Gericht zuständig sein solle, in dessen Bezirk die Druckschrift hergestellt worden ist. Ist dieser Ort unbekannt und im Auslande belegen, so soll örtlich zuständig sein das Gericht des Ortes, an dem der verantwortliche Herausgeber der Druckschrift seinen Wohnsitz hat, und falls auch diese Person der ungarischen Strafverfolgung nicht unterliegt, so soll erst dann der Ort maßgebend sein, an dem die Druckschrift in den Verkehr gebracht worden ist. Diese Bestimmungen machen einen Zustand, wie er im Deutschen Reich herrscht, schlechterdings unmöglich. Der verantwortliche Herausgeber einer in Berlin erscheinenden Druckschrift dürfte unter einem solchen Gesetz nicht in München wegen eines „groben Unfugs“ angeklagt und verurtheilt werden.

Frankreich.

Esterhazy über die französischen Generale. Ein Mitarbeiter des „Matin“ suchte Esterhazy in London auf. Esterhazy wollte zuerst nicht reden, dann begann er auf seine früheren Freunde zu schimpfen. Er sei von Allen verlassen worden, habe zwei Tage nichts zu essen gehabt. Als Esterhazy das sagte, weinte er. „Sie können“, rief er etwas theatralisch aus, erzählen, daß Sie den „Mannen“ weinen gesehen haben, wie die Idioten und Banditen mich nennen.“ Dann erklärte er, es für jetzt bei seinen bisherigen Enthüllungen bewenden lassen zu wollen. Nur wenn der Generalstab ihn zum Aeußersten treibe, und ihm nicht bei seinem Einspruch gegen seine pensionslose Dienstentlassung helfe, werde er reden.

Er nannte den General Voisdesjre einen Foulpelz und sagte, daß er den General Voisdesjre in seinen Händen habe. General Pellieux sei ein braver Mann, General Mercier habe gelogen, als er erklärte, er, Esterhazy, sei nie ein Agent des Generalstabs gewesen. General Roget sei der schlechteste Geist Cavaignac's, zugleich ehrgeizig und feige. Der größte Dummkopf sei Cavaignac, den er, Esterhazy, gewarnt habe, nicht auf das gefälschte Dokument hineinzufallen. Drehfuß sei hundertmal schuldig, Biquart der größte Schurke des Jahreshundert's, Henry ein wahrer Soldat gewesen. Als der Journalist von dem Selbstmord Henry's sprach, rief Esterhazy aus: „Sie glauben wirklich, daß er Selbstmord begangen? Sie glauben das?“

Italien.

Das Befinden des Papstes soll wieder ungünstiger stehen, da es den Aerzten nicht gelingt, seine große Schwäche zu beseitigen. Er glaubt sich zu erheblicher Thätigkeit im Stande, ist aber Abends zumeist übermüdet. Die Aerzte sprechen sich weniger zuversichtlich als bisher aus. Die Kardinaläle halten häufigere Besprechungen ab.

Spanien.

Das neue konservative Ministerium in Spanien muß sehr nächstes Augenmerk darauf richten, eine parlamentarische Unterlage zu finden, welche die gegenwärtigen, in ihrer Mehrheit liberalen Cortes ihm nicht bieten. Darum wird heute oder morgen die Auflösung des Parlaments und gleich darauf die Ausschreibung der Neuwahlen erfolgen, die für die Kammer am 16. für den Senat am 30. April angelegt sind; die Auserkennung von Senatswahlen beruht auf der Verfassungsbestimmung, wonach der Senat aus 190 lebenslänglichen und 180 von den Staatskörpern und den Höchstbesteuerten gewählten Mitgliedern besteht, die alle fünf Jahre zur Hälfte ergänzt werden. Die neuen Cortes sollen am 2. Mai zusammentreten. In der parlamentarischen Zeit soll der Friedensvertrag mit den Vereinigten Staaten durch die Königin-Regentin unterzeichnet werden.

Affen.

Vom Philippinischen Kriegsschauplatz geht über Washington die Meldung ein, in der Nacht vom Dienstag zum Mittwoch seien 3000 Insurgenten bei Patros und Pasig am Ufer des Sees von Bay zum Angriff gegen die amerikanischen Truppen in der Richtung des Pasigflusses vorgegangen. Nach heftigen Kämpfen schlug der amerikanische General Wherton die Insurgenten zurück, welche 400 Tode auf dem Blatte ließen, während eine gleiche Zahl in die Hände der Amerikaner fiel. Die letzteren, deren Verlust unbedeutend ist, besetzten darauf Pasig und Patros.

Parlamentarisches.

Aus der Ix-Debatte-Kommission. In der am Donnerstag abgehaltenen Sitzung der Kommission wurde zunächst beschlossen, von einer Generaldebatte Abstand zu nehmen, alsdann wurde der § 180 in der Fassung der Regierungsvorlage debattirt und nach Aenderung durch einen redaktionellen Antrag in folgender Fassung einstimmig angenommen: „Wer gewohnheitsmäßig oder aus Eigenmuth durch seine Vermittelung oder durch Gewährung oder Verschaffung von Gelegenheiten der Unzucht Vorschub leistet, wird wegen Kuppelei mit Gefängniß nicht unter einem Monat bestraft, auch kann zugleich auf Geldstrafe von 100 bis zu 8000 Mark, auf Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte, sowie auf Zulässigkeit von Polizei-Aufsicht erkannt werden. Sind mildernde Umstände vorhanden, so kann die Gefängnißstrafe bis auf einen Tag ermäßigt werden.“ Die Abweichungen vom bestehenden Gesetz sind durch Sperren kenntlich gemacht. Bei der Debatte über § 181, zu dem mehrere Anträge vorliegen, wird die Sitzung auf Freitag vertagt.

Partei-Nachrichten.

Politisches, Gerichtliches u. s. w.

— Lage Handhabung der Bestimmungen über die Sonntagruhe bei den Genossen Bernhard in Frankfurt a. M. der dortigen Polizei in einer Versammlung vorgeworfen haben. Dafür wurde er wegen Verleumdung zu 100 M. Geldstrafe verurtheilt.

— Die Bezeichnung „Arbeitswilliger“ soll eine Verleumdung sein. Als feinerzeit beim Hasenarbeiterstreik die Unternehmerr Presse für die Streikbrecher das Wort „Arbeitswilliger“ prägte, da ahnte sie wohl selbst nicht, daß der Schmeichelname, mit dem sie ihre Schlingel belegte, von diesen alsbald als Verleumdung aufgefahrt werden würde. Und doch ist es schon so weit gekommen. Gegen den verantwortlichen Redakteur des „Echo“, Genossen Wabersky in Hamburg, ist eine Privatverleumdungsklage angehängt worden, weil ein Zeuge in einem Gerichtsbericht in „Hamburger Echo“ als „Arbeitswilliger“ bezeichnet worden ist. Darin soll nach der Ansicht des erwähnten Zeugen eine „Herabwürdigung seiner Person“ liegen. Wir sind gespannt darauf, ob das Gericht sich dazu herbeilassen wird, die Bezeichnung „Arbeitswilliger“, welche die „Ordnungspreste“ als „Ehrentitel“ für die Retter des Kapitals erfunden hat, zu einer Verleumdung umzumünzen.

— Sieben Tage Haft wurden dem Genossen Schöne in Klogsche bei Dresden von der Polizei zubilligt wegen unerlaubten Sammelns. — Eine erstaunliche Strafe.

— Einen Polizeibeamten angerannt zu haben, dieses Verbrechen, begangen in einer Versammlung in Dresden, wurde der Buchbinder Hans Dürr beschuldigt. Die That wurde von der Polizei als grober Unfug erkannt und mit 20 M. Geldstrafe geahndet. Auf Dürr's Antrag hob das Schöffengericht die Strafe auf und sprach den Sünder frei.

Kommunales.

Stadtverordneten-Versammlung.

10. Sitzung vom Donnerstag, den 16. März 1899.
Nachmittags 5 Uhr.

Die Verhandlungen werden um 5 1/2 Uhr vom Vorsteher-Stellvertreter **Michelet** eröffnet.

In die Deputation für Kunstzwecke wählt die Versammlung an Stelle des ausgeschiedenen Dr. Schwalbe den Stadtv. **Hdr. Goldschmidt II.**, in die Verkehrsdeputation den Stadtv. **Heilmann.**

Die Verfassung des Stadthaushalts-Etats für 1899 wird fortgesetzt.

Ueber die Etats der Taubstummen- und der Blindenanstalt nebst Betrieb der Beschäftigungsanstalt, welche beiden Etats am Ende der vorigen Sitzung noch nicht zur Erledigung gelangt sind, berichtet Stadtv. **Dr. Gerstenberg.**

Die beiden Etats werden genehmigt.

Ueber die folgenden Spezial-etats referiert namens des Ausschusses Stadtv. **Bruno.**

Im städtischen Fortbildungs-Unterrichtswesen sollen entsprechend einer im vorigen Jahre beschlossenen Resolution der Versammlung einige Fortbildungsschulen so eingerichtet werden, daß sie dem Bedürfnis einer Handlungsschule oder kaufmännischen Fortbildungsschule entsprechen. Es treten demgemäß die spezifisch kaufmännischen Fächer Handelsgeographie, Waarenkunde, Handelsrecht, Wechselkunde, Korrespondenz zu den Unterrichtsfächern hinzu. Der Ausschuss hat die betreffenden Erweiterungen des Lehrplans gutgeheißen.

Den Unterricht in der Handelsgeographie beantragt Stadtv. **Schwalbe** wie alle übrigen Fächer mit 3 Anstalt mit 2 R. für die Stunde zu honorieren, wogegen Stadtv. **Vertram** Einspruch erhebt, da dieses ein nicht sehr hochstehender Lehrgegenstand sei. Der Antrag wird abgelehnt, die Vorschläge des Magistrats werden zum Beschluß erhoben. An Ausgaben für die Einrichtung von Gottesdiensten an Fortbildungs- und Fachschulen werden statt der geforderten 3000 nur 2000 R. bewilligt.

Im Spezial-etat für das gewerbliche Unterrichtswesen sind die Anträge des Magistrats betr. Änderungen der Regulative für die Sattler- und die Löffel-Fachschule, sowie für die Tischler-Schule, vom Ausschuss gleichfalls gebilligt worden.

Stadtv. **Esmann** fordert, daß endlich die Lehrer an der städtischen Baugewerkschule die Pensionsberechtigung erhalten.

Stadtv. **Vertram**: Ob der Magistrat in Bezug auf die feste Anstellung weiter gehen wird als bisher, läßt sich zur Zeit noch nicht sagen.

Die Etats der sämtlichen Fachschulen, der Tischler-Schule, des Gewerbeschuls, der Beschule, der beiden Handwerker-Schulen und der Baugewerkschule, sowie der Gesamtetat für das gewerbliche Unterrichtswesen werden genehmigt.

An den Etats für das Armenwesen, das Friedrich-Wilhelms-Hospital und die Sickenanstalten, die Waisen-Pflege im engeren Sinne sowie die Fürsorge für eingekerkerte Waisen, die Unterbringung verwahrsamer Kinder, das Arbeitshaus in Nummersburg, das Städtische Obdach, die Desinfektionsanstalt II und die Hilfsstation für Geschlechtskranke hat der Ausschuss Änderungen nicht vorgenommen.

In den Etats für die Bureau-Dienstgebäude sind nachträglich die Ausgaben für die Verlegung der Magistrats- und der städtischen Bibliothek nach dem Sportplatz-Grundstück in der Zimmerstraße eingestellt worden, desgleichen für die Mietsteigerung der Räume für das Armenamt XIII in der Müllerstraße 7. Der Etat der Geschäftsbedürfnisse und Projektkosten mit dem Anfangs-Etat „Gemeinde-Krankenversicherung“ ist unverändert geblieben.

Ohne jede Debatte genehmigt die Versammlung sämtliche vorstehend aufgeführten Etats nach dem Entwurf.

Ueber die nachstehenden Spezial-etats erstattet Stadtverordneter **Mommsen** das Referat.

Am Etat für Hochbau wird keine Veränderung vorgenommen. Auf die mehrfachen Anregungen behufs schnellerer Verfertigung der erforderlichen neuen Gemeindefachbauten auch die Vergebung solcher Bauten in Entreprise an Privatunternehmer in Erwägung zu ziehen, ist der Ausschuss nicht eingegangen.

Auch die Etats für die Kosten der Ortspolizei und die Verwaltung des Feuerlöschwesens, für die Straßenbeleuchtung, die Straßencleaning und Sprengung, für die Gemeindefriedhöfe und die Standesämter sind im Ausschuss unverändert geblieben.

Zum Etat der Gemeindefriedhöfe bemerkt

Stadtv. **Borgmann**: Bekanntlich wird es nicht gestattet, auf den Friedhöfen ohne besondere Erlaubnis irgend welche Worte an Gräber zu sprechen. Wenn solche Intoleranz geübt wird auf kirchlichen Friedhöfen, dann würde ich darüber kein Wort verlieren, aber merkwürdigerweise ist es selbst auf unseren städtischen Friedhöfen ebenso wenig gestattet, irgend welche Worte des Nachruhs zu sprechen. Mir persönlich ist es passiert, daß bei dem Begräbnis eines Dissidenten durch die Polizei jedes Wort des Nachruhs verboten wurde. Die Verhältnisse liegen so eigentümlich, daß wir als Stadt-Gemeinde keinerlei Anspruch auf unseren Friedhöfen in Friedrichsfelde heftigen, sondern daß uns da der Landrath mit seinen Aufsichtsräten hineinreden darf. Nun hat man uns aus der Mitte des Magistrats gesagt, daß allerdings nicht an Gräber, wohl aber in der stoffeliche Worte des Nachruhs gestattet sind. Ich habe dies hier nur öffentlich konstatieren wollen.

Mit dem Etat für den Viehmarkt, den Schlachthof und die städtische Fleischschau ist auch der Tarif für die Schlachtungen und die Fleischschau zur Genehmigung vorgelegt. Vorgelesen ist die Erhöhung der Schlachtgelder für Schweine um 5 Pf., der Schaughälter für Schweine um 5, für Ferkel (Kälber von 4 bis 12 Monaten) um 10 Pf. für die Zeit vom 1. April 1899 bis 31. März 1900 sollen demnach folgende Gebührensätze gelten: Schlachtgebühr für 1 Rind über 1 Jahr 1,50 R., für 1 Ferkel 1,00 R., für 1 Kalb bis 4 Monate 50 Pf., für 1 Schwein 1,05 R., für ein Schaf 30, für 1 Ziege 40 Pf.; Schaughälter für Rinder 50 Pf., für 1 Kalb bis 4 Monate 20 Pf., für 1 Schwein 85 Pf., für 1 Schaf 10, für 1 Ziege 5 Pf.

Die Tarife und die Etats selbst werden nach dem Magistrats-Entwurf festgesetzt.

Dem **Artihallen-Etat** bringt Stadtv. **Heilmann** zur Sprache, daß einer Mitteilung im Etatsauschuss zufolge die Markthalle auf dem Gesundbrunnen an den Theaterunternehmer Schippmann auf drei Jahre zur Vermietung als Theater und Restaurant vermietet werden soll. Er hält diese Verwertung für durchaus zweckwidrig und das Auktatorium nicht für berechtigt, ohne Zustimmung der Versammlung zu einem solchen Zwecke über die Halle zu verfügen. Er wäre es angezeigt, beim Niederreifen des königlichen Rathhauses das Märkische Museum für 3 Jahre dorthin überzuführen.

Stadtrath **Schäfer**: Die Verhandlungen mit Herrn Schippmann sind noch nicht abgeschlossen. Natürlich hat der Unternehmer die erforderlichen Einrichtungen auf seine Kosten zu treffen, auch auf seine Kosten den vorigen Zustand wiederherzustellen, sowie die Halle auch vor Ablauf des Vertrages zu räumen, wenn dieselbe ihrem ursprünglichen Zwecke zurückgegeben werden kann. Die Halle steht seit dem 1. April 1898 leer, anderweit haben wir sie nicht verwerten können, es ist doch immerhin wichtig, eine solche Miethet mitzunehmen.

Stadtv. **Dinse** protestiert gegen diese Verwertung, die auf dem Brunnenn bloß eine Ringelangelhütte mehr schaffen würde, und beantragt eine Resolution des Inhalts, daß die Versammlung diese Verwertung nicht wünscht.

Diese Resolution wird mit einem Rufschall angenommen, daß die Versammlung über die Vermietung unbedingt eine Vorlage erwartet, falls einstimmig angenommen, der Etat genehmigt.

Damit sind die Etatsverhandlungen für heute beendet.

Der Stadtv. **Kalisch** hat folgenden Antrag gestellt:

den Magistrat zu ersuchen, bei den zuständigen Staatsbehörden dahin vorstellig zu werden, daß von einer Theilung der Stadt Berlin in verschiedene Gerichtsbezirke Abstand genommen werde.

Der Antragsteller erklärt, daß in einer Zeit, die unter dem Zeichen des Verkehrs stehe, hier plötzlich eine neue folgenreichere Behinderung des freien Verkehrs geplant werde, gegen die nicht freigelegene Stellung genommen werden könne. Die mechanische Verschneidung Berlins zur Schaffung eines vielleicht nach Charlottenburg zu verlegenden Landgerichts III müßte die Bevölkerung mit ihren Beziehungen zu den Gerichten in die unliebsamsten Kollisionen und Schwierigkeiten bringen.

Stadtv. **Hugo Sachs** hält ebenfalls die geplante Dezentralisation für unheilvoll für Berlin. Das bestehende Gericht könne ja vergrößert werden; am Kostenpunkt könne es doch nicht liegen, wenn schon Berlin in Bezug auf die Schönheit des neuen Zivilgerichts wirklich nicht verdoht sei. Hier liegt kein Interesse des Anwaltsstandes, sondern des gesamten Publikums vor.

Bürgermeister **Kirchner**: Wir sind auf die ersten Nachrichten hin mit dem Justizminister in Verbindung getreten und haben „vertrauliche“ Auskünfte erhalten, über die ich keinen Aufschluß geben kann. Wir haben eine Kommission niedergesetzt und werden bemüht sein, die Interessen der Stadt und der Bevölkerung möglichst zu wahren. (Beifall.)

Stadtv. **Spinola** erklärt sich gegen die Petition.

Stadtv. **Hornig** sieht nicht auf dem Standpunkte seines Spezialkollegen Sachs. Herr Kalisch solle den Antrag als einstweilen erledigt zurückziehen.

Stadtv. **Ladewig**: Wie soll es denn bei der Theilung mit dem Landgericht Berlin werden? Die Theilung des Landgerichts Berlin wird heillos Verwirrung herbeiführen.

Der Antrag wird angenommen.

Ein zweiter Antrag des Stadtv. **Kalisch** geht dahin:

„Die Versammlung ersucht den Magistrat, schleunigst bei dem Reichstage gegen die beabsichtigte Neuregelung der Fernspreck-Gebühren vorstellig zu werden.“

Stadtv. **Dinse** beantragt:

„Beim Reichstage dahin vorstellig zu werden, daß die Regierungsvorlage, betreffend Aufhebung der Privat-Posten, abgelehnt werde.“

Stadtv. **Kalisch** bestreitet den ersten Antrag. Wer hätte noch vor einem halben Jahre gedacht, daß die Telephongebühren in Berlin statt ermäßigt, erhöht werden würden, und zwar, damit die in Berlin mehr ankommende Wiltion zu Gunsten des flachen Landes Verwendung finde! Die Hauptbeteiligten des Telephons seien die Angehörigen des Mittelstandes, denen das Leben auf diese Art noch mehr als bisher erstickt werden solle.

Stadtv. **Sachs** will beim Reichstage nur insoweit petitionieren, als dadurch eine Vertheuerung der Gebühren für Berlin und die größeren Städte vermieden werden soll. Die Reform des Telephonswesens überhaupt wolle doch gewiß auch Herr Kalisch nicht hindern; auch stehe es in dieser Hinsicht um die Frage der Legitimation der Versammlung nicht ganz zweifelhaft.

Stadtv. **Singer**: Die Legitimation der Versammlung kann in keinem Falle bestritten werden; schließlich ist mir eine Petition zu viel lieber, als daß ich dieses Recht nur im geringsten anzweifeln lasse. Die vorliegende Form des Antrags Kalisch ist allerdings mißverständlich. Aber ich kann nicht wünschen, daß das Fernsprechwesen für die großen Städte vertheuert werden muß, um dem Lande diese Wohlthat zugunwenden. Der Magistrat soll an zuständiger Stelle vorstellig werden gegen diesen rein fiskalischen Gesichtspunkt. Wir können alle den kleinen Orten und dem platten Lande die Ausdehnung dieser Einrichtung. Haben wir erst einen zuverlässigen Gesprächszähler, dann können wir die Gebühren nach der Zahl abmessen. So lange dies aber nicht der Fall ist, darf nicht diese einseitige Vertheuerung für die großen Städte eintreten.

Stadtv. **Kalisch** zieht seinen Antrag zu Gunsten des Antrags Sachs zurück.

Der Antrag Sachs wird angenommen.

Zur Begründung des Antrags wegen der „Privatpost“ vertreibt Stadtv. **Dinse** auf die bekannten Zahlen hinsichtlich des Umfangs ihrer Geschäfte und auf die auch für die Stadt daraus erwachsenden Vortheile.

Bürgermeister **Kirchner** bestreitet nicht die Berechtigung, wohl aber die Zweckmäßigkeit einer solchen Petition. Schließlich gebe es keine Gesetzesvorlage, die nicht Berlin direkt oder indirekt berührte. Ein zu stark benutztes Recht nütze sich ab; es müßte doch ein hervorragend bedeutender Gegenstand sein, der die Stadt zur Petition veranlasse. Wozu seien denn die Vertreter der Stadt im Reichs- und Landtage da? Eine Art Vorparlament sei doch die Versammlung auch nicht.

Stadtv. **Singer**: Der Bürgermeister braucht Sorge um die Häufung der Petitionen nicht zu haben. Gewiß kann man durch die häufige Handhabung des Petitionsrechtes vielleicht die Waage etwas abstimmen. Andererseits aber bringt man doch dadurch zum Ausdruck, daß man dieses Recht auch zu benutzen gewillt ist, um Unheil, welches man befürchtet, von der Stadt abzuwenden. In der Sache komme ich aus ganz anderen Gründen zu demselben Resultat wie der Bürgermeister. Grundsätzlich hat die Versammlung keine Veranlassung, hier für das Privatkapital (Wahl) einzutreten. Nach meiner Meinung haben wir uns hier nicht zum Schutze von Privatgesellschaften aufzuwerfen. Die Geschäftsberichte dieser Gesellschaften sind kein Gegenstand unserer Diskussion, denn der Vortheil der Bürgerchaft ist doch nur eine Begleiterscheinung ihrer Thätigkeit, sie wollen Geld verdienen und Dividende vertheilen. Man braucht der Vorlage nicht ohne Weiteres zuzustimmen, aber dem Reich müssen die nötigen Erweiterungen des Postmonopols gegeben werden, unter der Voraussetzung, daß die Erleichterungen des Verkehrs, wie sie durch die Privatposten geschaffen sind, von der Post übernommen werden. Und daß das in jenem Umfang beabsichtigt ist, das geht aus der Vorlage hervor, welche erhebliche Verbilligungen bringt, auch eine Entschädigung für die Beamten und Angestellten in Aussicht nimmt, allerdings eine sehr geringe, aber es wird möglich sein, sie im Laufe der Verhandlungen zu erhöhen. Die Postannahmestellen in Berlin sollen auch demut vermehrt werden, daß sie den erhöhten Bedürfnissen genügen. Es muß doch auch beachtet werden, daß die Angestellten die auf ganz kurze Abänderung angestellt sind. Wenn die Reichspost die Privatposten verdrängt unter Uebernahme der Angestellten, verbessern Sie deren Loos ganz erheblich, indem Sie sie in feste, pensionsberechtigte Stellen bringen. Lieber nehme ich mich doch der 2700 Beamten als des Kapitals der Gesellschaft an. Aus diesen prinzipiellen Gründen stimmen wir gegen den Antrag.

Stadtv. **Peris**: Nicht den Gewinn der Privatpost wollen wir schätzen, sondern die Vortheile wahren, die die Bürgerchaft aus der Einrichtung zieht, und auch die Angestellten wollen wie in ihren Stellungen erhalten, denn die Hälfte davon wird von der Postverwaltung nicht übernommen werden.

Damit schließt die Diskussion. Der Antrag wird angenommen.

An der Ue der **Emden- und Bielefelder** soll ein Grundstück für **Gemeinde-Schulzwecke** erworben werden.

Stadtv. **Borgmann** beantragt, die Vorlage einem Ausschuss zur Erwägung der Frage zu überweisen, ob nicht zur Beschleunigung des Baus der Bau nach vorhandenen Projekten für schon vollendete Schulen errichtet werden kann.

Nach kurzer Debatte wird beschlossen, diesen Antrag selbstständig in der nächsten Sitzung zu betreffen. Die Vorlage wird genehmigt.

Auch in der **Waldenserstraße**, zwischen **Wald- und Emdenerstraße** wird ein Terrain zum Neubau einer **Gemeinde-Schule** erworben.

Den von den Aeltesten der Kaufmannschaft geleiteten und unterhaltenen kaufmännischen Fortbildungsschulen sollen städtische Schulräume in solchen Zeiten gewährt werden, in denen ein eigener Schulunterricht nicht stattfindet und diese Räume auch von der Stadt unentgeltlich geheizt und beleuchtet werden.

Die Versammlung tritt dem Magistratsantrage bei.

Nachdem bereits früher in mehreren Einzelfällen das Kammer-

gericht entgegen der Ansicht des Magistrats die Stadt für verpflichtet erachtet hat, für die Verpflegung der Wittwen und Waisen der Bureau-Hilfsarbeiter einzutreten, will der Magistrat nunmehr allgemein den inwischen ja auch als Gemeindebeamte anerkannten Hilfsarbeitern den Anspruch auf Heilfürsorge zugestehen. Das Orisstatut vom 5. Mai 1890 soll dementsprechend geändert werden.

Die Vorlage wird ohne Debatte angenommen.

Auf dem städtischen Mieselgute **Duch** soll eine neue Heimstätte für 100 brustkranke Männer errichtet werden. Hinsichtlich der Aufnahme und Verpflegung Brustkranke sollen die für die vorhandenen Heimstätten bestehenden Grundsätze in Geltung bleiben. Eine weitere Vorlage wegen Errichtung einer zweiten Heimstätte für brustkranke Frauen zu machen, behält sich der Magistrat vor.

Stadtv. **Spinola** will diese bereits hergestellte Vorlage dem Magistrat zurückgeben, damit zunächst die Krankenhaus-Deputation und die Baudeputation gehört werde.

Stadtrath **Marggraf**: Die Versammlung hat vor 1 1/2 Jahren zwei neue Heimstätten beschlossen; dem ist der Magistrat hier nachgekommen, nachdem sich das Bedürfnis dafür gebieterisch geltend gemacht hatte. Die vorgelegte Skizze ist nur eine vorläufige.

Auch Bürgermeister **Kirchner** erklärt, daß es sich für jetzt nur um das Einverständnis der Versammlung zur Errichtung dieser Heimstätte handle. Den sonstigen Rechten der Versammlung werde damit in keiner Weise präjudiziert.

Stadtv. **Esmann** stellt sich trotz dem auf den Standpunkt Spinola's. Nach weiterer Debatte erklärt der letztere sich im Prinzip mit der Errichtung der Heimstätte einverstanden.

Stadtv. **Singer** beantragt, sich nur im Allgemeinen mit der Heimstätte für 100 Brustkranke in Duch vorbehaltlich der Genehmigung der Bau- und Kostenaufschläge u. s. w. einverstanden zu erklären. Im Uebrigen giebt er den Verhandlungen des Stadtv. Spinola recht.

Dieser Antrag wird angenommen, nachdem der Bürgermeister Kirchner sein Einverständnis erklärt hat.

Für den **Mittelländkanal** beantragt der Magistrat die Uebernahme der Garantie für den etwaigen Fehlschlag der Betriebs- und Unterhaltungskosten und für die 3 prozentige Verzinsung und 1/2 prozentige Tilgung eines Drittels des Kapitalbetrags der Hauptlinie und der Hälfte des Kapitalbetrags der Zweiglinie bis zu 9,4 pCt. Doch soll die Garantie für die Tilgungsquote erst 16 Jahre nach der Uebernahme des Kapitals eintreten und dem Magistrat eine Mitwirkung in Bezug auf die Bau, Betrieb und Tarife betreffenden Fragen gewährt werden.

Die Vorlage wird nach kurzer Debatte angenommen.

Schluß gegen 9 Uhr.

Gerichts-Beilage.

„Haltet den Jüngling fern!“ Mit dieser pflichtgemäßen Anforderung hatte unser Parteigenosse **Richard Zahn**, der Redakteur des Vorzeitanarbeiters-Organs „Die Ameise“ einen Artikel seiner Zeitung geschrieben, in welchem er von einem Streik der Dreher bei der Firma **Mattias** in Frankfurt a. O. Mitteilung machte. Nach Ansicht der Staatsanwaltschaft soll Zahn durch diesen Appell an das Solidaritätsgefühl seiner Kollegen groben Unfug verübt haben, weshalb er sich am Donnerstag vor dem Schöffengericht zu Charlottenburg zu verantworten hatte. Der Staatsanwalt hielt eine wichtige Anklagerede, in der er unter Hinweis auf den Hamburger Hafenarbeiterstreik von dem fürchtbaren Glend sprach, welches über zahlreiche Arbeiterfamilien nicht infolge der Unternehmerröthigkeit, sondern infolge des Streiks hereinbrochen sei. Während andererseits bei ruhiger Vertheilung der Arbeiter blühende Wohlstand gefördert werde! Als Sühne für die That des Angeklagten, der zum Wohlthät aufgereizt habe, beantragte der Staatsanwalt eine Geldstrafe von 20 R. Der Verteidiger führte aus, daß durch die Warnung vor Jüngling nach einer im Streik liegenden Fabrik niemand geschädigt, sondern nur die Mitglieder des Vorzeitanarbeiters-Verbandes, die sich etwa vertheilen lassen könnten, in der betreffenden Fabrik Arbeit zu nehmen, vor Schaden bewahrt werden sollten. Andererseits habe die vom Streik betroffene Firma an alle Vorzeitanarbeiters-Deutschlands eine Liste mit den Namen der Streikenden gesandt, und darum ersucht, daß die Genannten nirgends beschäftigt würden, ohne daß gegen diesen Vorstoß von irgend einem Staatsanwalt eingeschritten sei. Weiter wies der Verteidiger auf ein Reichsgerichtsurtheil hin, welches als Kennzeichen des großen Unfugs eine unmittelbare Befähigung des Publikums verlangt, die doch in diesem Falle nicht vorliege. Der Gerichtshof erkannte auf Freisprechung unter der Begründung, daß den Arbeitern das Recht, sich zur Erlangung besserer Arbeitsbedingungen zu koaliren, zustehe, und daher in der Warnung vor Jüngling nach einem Streik kein grober Unfug gefunden werden könne. Möglichenfalls hätten sich durch die Warnung die Unternehmerröthigkeit fühlen können, dieselben hätten sich aber beim Ausbruch des Streiks sagen müssen, daß sie mit der Eventualität einer Sperrung ihrer Fabrik zu rechnen haben. Eine Verurteilung weiterer Kreise des Publikums, wie sie der Thatbestand des großen Unfugs voraussetze, habe nicht stattgefunden.

Der **Arbeiter-Radfahrer-Verein** zu Berlin bezweckt nach Ansicht der Polizei eine Einwirkung auf öffentliche Angelegenheiten und sollte deshalb seine Mitgliederliste einreichen. Der Vorsitzende **Kern** hatte sich dessen geweigert, weil sein Verein nichts weiter als Sportverein sei. Gegen ein polizeiliches Strafmandat hatte **Kern** Einspruch erhoben, weshalb diese Angelegenheit am Donnerstag vor dem Schöffengericht zu Charlottenburg, wo **Kern** wohnt, verhandelt wurde. Der Staatsanwalt hielt eine Einwirkung auf öffentliche Angelegenheiten schon dann für vorliegend, wenn sich ein Radfahrer-Verein — was doch unter anderem auch Zweck dieser Vereinigung sei — mit der Erörterung der Herstellung öffentlicher Radfahrwege, Aufhebung der Straßensperre u. dergl. beschäftige. Dagegen wandte der Angeklagte mit Recht ein, daß ja dann alle Radfahrer-Vereine unter das Verbotsgesetz fielen, daß aber seines Wissens, außer vom Arbeiter-Radfahrer-Verein, noch von keiner Radfahrer-Vereinigung die Einreichung der Mitglieder-Verzeichnisse verlangt worden sei. Der Gerichtshof erachtete für festgesetzt, daß der Arbeiter-Radfahrer-Verein sich nicht nur mit öffentlichen, sondern sogar mit politischen Angelegenheiten beschäftige, denn der genannte Verein demage ein **Liederbuch**, welches unter einem rothen (!) Umschlag **Lieder sozialdemokratischer Tendenz** enthalte. Als weiteres Beweismaterial galten dem Gerichtshof einige Artikel der Zeitschrift „Arbeiter-Radfahrer“, in denen Mittheilungen über die Hilfe der Radfahrer bei den Reichstags-Wahlen gemacht werden, sowie ein Bericht des „Vorwärts“ über eine öffentliche Radfahrer-Versammlung, aus welchem hervorgeht, daß der Vertrauensmann der Arbeiter-Radfahrer über vollzogene Agitationstouren berichtet. Bezweckend war der Hinweis des Angeklagten auf die Thatsache, daß die öffentliche Versammlung den Verein nichts angehe, daß weder das rothe Liederbuch noch die Zeitschrift vom Verein herausgegeben werde, und daß sich an der Wahlhilfe sowie an den Agitationstouren auch Nichtmitglieder beteiligten, daß diese Veranstaltungen nicht vom Verein, sondern von dem in öffentlicher Versammlung gewählten **Vertrauensmann** ins Werk gesetzt werden. Dem Gerichtshof schien der Unterschied zwischen öffentlichen Versammlungen, zu denen jedermann Zutritt hat, und Veranstaltungen des Vereins nicht klar zu werden. Er bemerkte den Angeklagten, weil er der Aufforderung, der Polizei die Mitgliederliste einzureichen, nicht nachgekommen war, zu einer Geldstrafe von 20 R. Hossentlich legt der Verurtheilte Berufung ein.

Im **Schugglerprozeß** zu **Neu-Ruppin** war im Verlauf der Verhandlung die Ausfuge des Amtsrichters **Venne** in

aus Lenzen von Belang. Er hat in den drei Jahren, wo er in Lenzen amtiert, wesentlich die Aufhebung der Schmutzgeleiten und Heftereien gefördert, während sein Vorgänger sich um die Sache weniger gekümmert hat. Solchen Mangel an Energie hat Herr Bennewitz mit einigen Hebereiferen wettzumachen gesucht. Von dem Angeklagten Köhler behauptete er in seiner gestrigen Zeugnisaussage, daß er eine Art fensterlose Scheinlampe mit allerhand Baaren über dem Tischtisch gefunden habe und beim Angeklagten Köhler endlich glaubt er, daß ein Keller unter dem Tischtisch, gefüllt mit Säcken voll Kaffee etc., gleichfalls ein geheimes Versteck gewesen sei. Diese letztere Ansicht wird von der Verteidigung als irrig festgestellt, da der Keller auf der Rückseite des Hauses einen durchaus nicht versteckten Eingang und auch zwei Fenster aufweist. Weiter schildert der Amtsrichter die mit den kleinen Kindern des Herper vorgekommenen Manipulationen und giebt dann eine befremdliche Aussage darüber, wie er sich den Lehrling Schuhr vorgenommen. Um von diesem ein wahrheitsgemäßes Geständnis zu erhalten, hat er dem Jungen durch den Pfarrer ins Gewissen reden lassen. Auch erklärte er sich damit einverstanden, daß ein zeitweilig Gefängnisdienende die richterliche Kanzlei als namentlich Kühe in gleichem Sinne auf den Jungen vor den Jellenthären einiger der bereits in Untersuchungshaft sitzenden Angeklagten einwirken ließ. Der Kanzleihilfe hat dem Lehrling für den Fall eines Geständnisses die sofortige Freilassung versprochen, zweifellos hat der Amtsrichter dem Schreiber hierzu keine Erlaubnis gegeben. Wahrscheinlich werden die Verteidiger auf diesen Punkt in ihren Plaidoyers noch zurückkommen, auch darauf, daß der Amtsrichter den meisten Angeklagten bei ihren Vernehmungen mehrmals das Wort abgeschnitten haben soll.

In der umfangreichen Strafsache gegen die Beamten der Stadt- und Ringbahn, welche der fortgesetzten Durchsicherungen mit Fahrkarten beschuldigt sind, ist die Anklage jetzt den Verteidigern zugestellt worden. Bei der Verhandlung, welche im nächsten Monat vor der dritten Strafkammer des Landgerichts I stattfinden dürfte, werden 15 Personen, darunter vier weiblichen Geschlechts, auf der Anklagebank Platz zu nehmen haben. Die Letzteren sind beschuldigt, die von ihren Männern unterliegenden Fahrkarten zu Hause in der Weise behandelt zu haben, daß der Stempel verschwand. Die Fahrkarten sind dann wieder benutzt worden. Die Betrüger sollen mit einer außerordentlichen Verschmittheit begangen sein; um den künstlichen Apparat, der zum Zusammenwickeln der Angeklagten nötig war, zu zergliedern, sind verschiedene Sachverständige geladen worden. Jedemfalls dürfte es durch die Enthüllungen notwendig werden, eine völlige Reorganisation bei der Kontrolle der Fahrkarten einzurichten. Von den Angeklagten befinden sich die meisten in Haft. Als Verteidiger werden die Rechtsanwälte Heymann, Barnau, Bronner, Ivers, Dr. Werthauer, Dr. Schwindt u. A. auftreten.

Wegen Mordtötung hatte sich der Puder Oskar Müller aus Niddorf gestern vor der ersten Strafkammer am Landgericht II zu verantworten. Auf einem Neubau in der Pannierstraße 8 in Niddorf arbeitete eines Nachmittags im November vorigen Jahres die Puder Breslow, Köhfeldt und Reichardt bei Nacht. Das brachte den Angeklagten in Aufregung, der ihnen Scheltworte rief und sie mit Krägeln bedrohte. Die Frauen gaben vor Gericht an, daß sie sich vor dem Angeklagten gefürchtet hätten, worauf die Strafkammer ihn zu drei Monaten Gefängnis verurteilte.

Gewerkschaftliches.

Deutsches Reich.

500 Weißbinder, Maler und Lackierer in Darmstadt befinden sich seit Montag im Streik. Die Zahl der Arbeitswilligen betrug am ersten Tage 30 und hat sich bis jetzt nicht erhöht. Da die Meister sich zu keiner Verhandlung herbei ließen, so wurde beschlossen, daß wer einmischen kann, die Stadt verlassen möge. Bis jetzt sind 120 Mann abgereist. 14 Firmen, die 70 Gehilfen beschäftigen, haben bewilligt. Gegenwärtig beträgt der Durchschnittslohn 33 bis 34 Pfennig pro Stunde. Die Gehilfen verlangen einen Minimallohn von 40 Pf. für Leute über 20 Jahren und 30 Pf. für solche unter 20 Jahren. Die Meister wollen 33 Pf. Minimallohn für Leute über 20 Jahre bewilligen. Für jüngere gar nichts Bestimmtes.

Die Lohnbewegung der Schneider. In Dielefeld haben die Schneider in 16 Geschäften mit 109 Gehilfen die Anerkennung des Tarifs durchgesetzt. In 23 Geschäften ist die Kündigung von den Arbeitern eingereicht.

Die Schneider in Bochum haben einen günstigen Verlauf ihrer Lohnbewegung zu verzeichnen. Einige Geschäfte haben bereits bewilligt und steht in einer größeren Anzahl eine Einigung zu erwarten. Da, wo der Tarif abgelehnt wird, soll in den nächsten Tagen die Arbeitseinstellung erfolgen.

In Königsberg i. Pr. haben die Schneider nur in einigen Geschäften ihre Forderung durchgesetzt. Es beschloß deshalb eine von 700 Personen besuchte Versammlung, da, wo der Tarif abgelehnt wurde, die Sperre zu verhängen.

In Bremen ist der Zustand durch eine Tarifvereinbarung zwischen Meistern und Gehilfen beigelegt. Von besonderer Bedeutung ist, daß beiderseits eine Kommission eingesetzt wird, die die strikte Durchführung des Tarifs überwacht. Für die Wochenarbeiter konnten leider die Abschaffung des Kopf- und Logiswesens und ein Minimallohn von 18 M. nicht durchgesetzt werden. Immerhin ist der Abschluß der Bewegung ein befriedigender.

Metallarbeiterbewegung. In der Feldmann'schen Bronze- und Kupferfabrik, sowie in der Feuerlöschmaschinen-Fabrik von Gust. Christ. Braun in Nürnberg sind ernsthafte Differenzen ausgebrochen, weshalb der Zugang ferngehalten ist. — In den Elektrizitätswerken von Schudert in Nürnberg dauert der Ausstand der Forme unverändert fort.

In dem Streik der Forme bei der Firma Thiele u. Lindner in Altgerdsdorf (Oberlausitz) ist bisher die Situation nicht geändert.

Der Streik auf dem Wänder Eisenwerk zeigt eine unveränderte Situation. Die Direktion hat folgendes Plakat angeschlagen:

„Hierdurch machen wir bekannt, daß die streikenden Arbeiter, welche bis spätestens Freitag, den 17. März, Morgens 9 Uhr, sich nicht zur Arbeit gemeldet haben, unter keinen Umständen vor dem 1. April 1900 Anstellung bei uns finden werden. Wir behalten uns vor, nur solche Leute wieder aufzunehmen, die uns passen.“

Die Drohung dürfte am Ausstand nichts ändern.

Die Arbeiter der zahlreichen Dampfziegeleien in der Umgebung von Nürnberg und Fürth treten in eine Bewegung ein, behufs Durchsetzung eines verbesserten Lohns. Wie verlautet, versuchen die Unternehmer inzwischen auswärts, besonders italienische Arbeitskräfte heranzuziehen, um der Forderungen ihrer Arbeiter die Spitze zu bieten. Die Geschäfte, die zu einem Ring vereinigt sind, geben bei der regen Bauhätigkeit sehr flott und die Preise ihrer Produkte sind ziemlich hoch, so daß das Verlangen der schlecht bezahlten Arbeiter nach einer geringen Lohnaufbesserung sehr gerechtfertigt ist.

Ausland.

Bei dem in Kopenhagen stattfindenden Schlächterstreik hat sich herausgestellt, daß das öffentliche Schlächterhaus vollständig im Besitz eines Schlächterringes ist und Schlächtermeister, die dieser Ring nicht genehmigt, überhaupt nicht schlachten dürfen. Es ist einigen der Meister so ergangen, die die Forderungen der Gesellen über diese Zustände an den Bürgermeister gerichtet.

Der Bürgermeister gab zu, daß die Zustände mancherorts gefährlich sind, die von unseren Parteigenossen beantragte kommunale obligatorische Versicherungen wollten sich aber zu teuer stellen; auch müsse dann erst ein Zwangsversicherungs-Gesetz geschaffen werden. Auch

mehrere andere Redner griffen die Verhältnisse auf dem Viehmarkt an, der Ober-Bürgermeister verzichtete sich hinter lauter Ausfällen. Ein Beschluß wurde nicht gefaßt.

Soziales.

Arbeiterisiko. Auf dem David-Nicholschacht in Freiberg ereignete sich Dienstag Nachmittag ein schweres Unglück. Die an einer Bohrmaschine beschäftigten Bergleute waren wahrscheinlich auf ein altes Bohrloch gestoßen, in welchem noch nicht explodiertes Dynamit vorhanden war, das beim Bohren explodirte; dadurch wurden ein Steiger und zwei Bergleute schwer verletzt. Einer verstarb nach kurzer Zeit, die anderen mußten in das Bergkloster zur Behandlung gebracht werden.

Auf dem Rheine bei Straßburg verunglückten drei Arbeiter der badischen Wasserbauverwaltung mit einem Kahn, der mit Fischweiden beladen war. Infolge des herrschenden Sturmes schlug der Kahn um und die drei Arbeiter ertranken.

Eine Enquete zur Revision des schweizerischen Fabrikgesetzes veranstalteten die Organisationen des Grätlivereins, des schweizerischen Gewerkschaftsbundes und der schweizerischen sozialdemokratischen Partei. Es wird ein Fragebogen, der 17 Fragen enthält, an alle örtlichen Organisationen verandt. Die Fragen beziehen sich auf eine Verkürzung der Arbeitszeit, auf Bestimmungen über Überzeitarbeit, Arbeitszeit der Jugendlichen, Erweiterung der Fabrikinspektion insbesondere durch Anstellung von Frauen, Bestimmungen über Geldstrafen, Kündigungsfrist, Lohnzahlung und dergleichen.

Versammlungen.

Die Kostümschneider nahmen am Mittwoch in einer gut besuchten Versammlung, die in den Arminhallen tagte, Stellung zu den gegenwärtigen Arbeitsverhältnissen in ihrer Branche. Nach dem Bericht des Referenten Böhm sind bei verschiedenen Firmen die Arbeiter vorzeitig geworden und haben die im Tarif vom Jahre 1896 erzielten Bedingungen, die neunstündige Arbeitszeit und entsprechenden Lohn, erungen. In der Diskussion, an der sich außer den Kollegen auch eine der zahlreich erschienenen Arbeiterinnen beteiligte, wurde besonders gerügt, daß in vielen Werkstätten die Frauen und Mädchen zehn, elf und auch zwölf Stunden arbeiten, angeblich weil sie länger arbeiten wollten. Ebenso wurde das Verhalten jener Mädchen kritisiert, die nur, um ein Taschengeld zu haben, arbeiten und die Preise drücken. Viele Geschäfte machten unter dem Vorgeben, daß sie keine Fabrik seien, Sonnabends nicht um 1/2 Uhr Feierabend. Wenn sie wirklich einmal deswegen bestraft würden, bezahlten sie geru die Strafe, die an einem Abend wieder herausgearbeitet würde. Die Überstunden würden allerdings bezahlt, aber nur nach dem Satz des Tagelohns. Die Frauen mühten in ihrem eigenen Interesse darauf, daß sie bei gleichen Leistungen auch den gleichen Lohn wie die Männer erhalten. Besonders Augenmerk sei auf die vielen neuen Kleider und die Herren-Garderobegeschäfte zu richten, die Kostüme einführen. Von dieser Seite sei die Einführung des Schwimmeister-Systems zu befürchten. Die Firma Hofmann habe Inserate erlassen und die sich meldenden Arbeiter an Zwischenmeister gewiesen. Gegen solche Manipulationen müsse entschieden Front gemacht werden. Auch das Lehramtsverweilen wurde gemaßregelt. Die Meister ließen sich dreißig Mark Gehalt zahlen und schließlich mühten die Mädchen viel länger lernen, als ausgemacht worden sei. Verlangten sie dann Lohn, würden sie in der nächsten Woche entlassen. Bei diesen Zuständen hätten besonders die Frauen die Pflicht, nicht gleichgültig der Bewegung gegenüberzustehen und sich die Ertragskraft bei der Firma Mannheimer, die einen Mindestwochenlohn von 18 M. bewilligt habe, als gutes Beispiel zu nehmen. Nachdem gewillt worden war, stets die Arbeiter der in Betracht kommenden Zwischenmeister vor dem erfolgten Vorgehen zu unterrichten, wurde folgende Resolution einstimmig angenommen: Die Versammlung erkläre in der gegenwärtigen Situation eine günstige Gelegenheit, die verloren gegangene Position wieder zu erobern. Sie verpflichte die Kollegen, überall dort, wo Lohn- und Arbeitsverhältnisse dem Tarif von 1896 nicht entsprechen, für Einführung derselben Sorge zu tragen. Besonders ist für die neunstündige Arbeitszeit einzutreten. Auch sollen die Verhältnisse der Arbeiterinnen berücksichtigt werden. Zur Stärkung des Solidaritätsgefühls ist ein organisatorischer Zusammenschluß unbedingt notwendig und wird die Solidarität des Verbandes deutscher Schneider und Schneiderinnen erjucht, eine Zahlstelle für die Kostümschneider zu errichten.

Die Maurer der lokalen Richtung hielten am Mittwoch eine öffentliche Versammlung bei Kellner, Koppensstraße, ab, um zu dem Kongreß der durch Vertrauensmänner zentralisierten Gewerkschaften Deutschlands, der Anfangs April in Braunschweig stattfinden, Stellung zu nehmen. Fr. Kater verwies einleitend auf die Nothwendigkeit und die Bedeutung dieses Kongresses und erläuterte sodann die in Aussicht genommene Tagesordnung desselben. Nach dem Bericht der Geschäfts-Kommission und dem Bericht der Delegierten über die Vorarbeiten in den einzelnen Organisationen wird sich der Kongreß vornehmlich mit dem Organ: „Die Einigkeit“, seine notwendige Vergößerung und die Art der Verbreitung zu beschäftigen haben. Nach den Ausführungen des Referenten haben eine Reihe von in Betracht kommenden Gewerkschaften zur Erhaltung der „Einigkeit“ ebenso wenig wie zum Agitationsfonds beigetragen und die diesbezüglichen Beschlüsse nicht genügend beachtet, sodaß nach dieser Richtung eine Aenderung sich notwendig macht. Als weitere wichtige Punkte stehen auf der Tagesordnung des Kongresses: Arbeitsnachweise und Arbeiterretariate, die Taktik der Gewerkschaften gegenüber den Angriffen auf das Koalitionsrecht, Streiks, deren Regelung und Unterstützung. Der Redner empfiehlt außer der Beschickung des Kongresses im Anschluß an denselben eine Konferenz der durch Vertrauensmänner zentralisierten Maurer Deutschlands abzuhalten, die sich mit einer von ihm vorgeschlagenen Tagesordnung befassen soll. In der hierauf folgenden Diskussion, an der sich Jänich, Weidner, A. Richter, Watersdorf und Knöppchen beteiligten, sprachen sich alle Redner für die Beschickung des Kongresses und für die Abhaltung der Maurer-Konferenz aus. Jeglin und Reyle wünschten, daß auf dem Kongreß auch die Frage der Tarifgemeinschaft behandelt wird und die Delegierten sich gegen jede Tariffremde wenden. Wie vom Referenten, so wurde auch von mehreren Disziplinierern die Nichtbeteiligung an dem in Braunschweig stattfindenden Bauarbeiterkongreß empfohlen und soll zu der Frage des Bauarbeiterkongresses der in Braunschweig einberufene Bauarbeiter-Kongreß Stellung nehmen. Einstimmig wurde sodann beschlossen, dem Kongreß der durch Vertrauensmänner zentralisierten Gewerkschaften zum Punkt „Presse“ folgenden Antrag zu unterbreiten: Der Preis der „Einigkeit“ bleibt derselbe wie bisher. Um das Organ vergrößern zu können, muß jeder Verein, der sich der Vertrauensmänner-Zentralisation angeschlossen hat, die „Einigkeit“ für alle Mitglieder, die der Organisation angehören, obligatorisch einführen. — Außerdem gelangte ein Antrag zur Annahme, nach welchem die Geschäftsleitung der auf den Boden der Vertrauensmänner-Zentralisation stehenden Maurer Deutschlands im Anschluß an den Kongreß eine Konferenz einberufen soll, die sich mit folgender Tagesordnung zu befassen hat: 1. Sammelwesen zum Streik und Agitationsfonds. 2. Agitation und Organisation. 3. Wahl eines ersten Vertrauensmannes und zweier Revisoren als Geschäftsleitung der Maurer Deutschlands. Als Delegierte für die Maurer Berlins und der Vororte zum Gewerkschafts-Kongreß, denen auch gleichzeitig die Vertretung auf dem Braunschweiger Bauarbeiter-Kongreß übertragen worden ist, wurden Fredere, Herfurth, Jöl und Jänich gewählt.

Die Steinarbeiter tagten am Dienstag im Englischen Garten. Nach dem Vortrag des Genossen Rehner über: „Gleiches Recht für Alle“, der mit großem Beifall angenommen wurde, berichtete die Schriftführer-Kommission über ihre Versuche, geregelte Verhältnisse in ihrer Branche herbeizuführen. Die Verhandlungen mit

der Innung sind resultatlos verlaufen, da die zusammengeschmolzen ist. Doch würden es verschiedene Unternehmer gern sein, wenn der aufgestellte Tarif liberaler bezahlt wird. Es wurde beschlossen, den gedruckten Tarif mit einem Begleitschreiben an sämtliche Geschäfte zu senden. Darauf wurde bekannt gegeben, daß diese Konsulte in Buzglau zu Gunsten der Streikenden verlaufen sind. Dagegen liegen aus Altenhagen und Springe bei Hannover noch keine bestimmten Nachrichten vor. Der dortige Unternehmer habe erklärt, er könne den Bruchmeister, wegen dessen rigoroses Betragen der Konflikt ausgebrochen sei, nicht entlassen, doch wolle er den Tarif zahlen. Nachdem Ohnesorge zum zweiten Vertrauensmann und Hugo Walter zum Revisor gewählt worden waren, gab Schmidt den Bericht über die Verhandlungen mit dem Gewerbe-Inspektor. Die im Verne vorhandenen Mißstände seien dem Inspektor vorgetragen und ihm Vorschläge zur Abstellung gemacht worden. Er habe sich auch entgegenkommend gezeigt, doch wird es nötig sein, die Anregung zu wiederholen, wolle man Erfolge erzielen. Außerdem wurde darauf hingewiesen, daß im nächsten Jahre der Tarif abläuft. Mit der Verquickung von Lohn- und Akkordarbeit habe man schlechte Erfahrungen gemacht. Die meisten gäben nur die schlechte Arbeit in Akkord, während sie die gute zu den billigen Lohnpreisen machen ließen. In Erwägung dieser Thatsache sei es nötig, nur auf die Durchführung eines Systems zu dringen.

Die Buchbinder und verwandten Berufsgenossen hielten am 14. März im Louisenstädtischen Konzerthaus eine öffentliche Versammlung ab. Nach dem Vortrage des Berichtes über die Thätigkeit der Gewerkschafts-Kommission Bericht erstattet hatten, nahm P. Schneider das Wort, um sich gleich Bräuner gegen die Einführung eines paritätischen Arbeitsnachweises auszusprechen. Von einem solchen, sogenannten unparteiischen Nachweis befürchtete er eine Gefahr für die Erwerbslosen der Gewerkschaft. Der Arbeitsnachweis des Verbandes der Buchbinder etc. biete hingegen eine gewisse Sicherheit dafür, daß die erkrankten Arbeitsbedingungen erhalten blieben. Die Versammlung stimmte dieser Auffassung zu. Bräuner und Vitomski wurden dann aufs neue in die Gewerkschaftskommission delegiert. Hierauf berichtete Karl Schulze über die Sammlungen zum Widerstandsfonds. Seit der Gründung des Fonds im verflochtenen Jahre sind 807,78 M. eingegeben. Ausgegeben wurden 12 M., so daß ein Bestand von 795,78 M. vorhanden ist. Der Berichterstatter sprach den Wunsch aus, daß der Sammlung in Zukunft eine größere Aufmerksamkeit zugewendet werden möge, wie bisher. Eine längere Debatte entspann sich über die Frage, ob es nicht besser sei, an Stelle der Ristenammlung das Marken- und Kartensystem einzuführen. Ein Antrag, den Widerstandsfonds aufzulösen und den vorhandenen Betrag dem Verband zu überweisen, wurde mit großer Majorität abgelehnt. Dagegen wurde beschlossen, die Kommission, die die Sammlung vornahm, aufzulösen und sie durch einen Kassierer und zwei Revisoren zu ersetzen. Karl Schulze wurde zum Kassierer gewählt. Zu Revisoren wählte man Hoffmann und Georg Schmidt. Von der Sammlung für die Wiener Kollegen sind 27,50 M. übrig geblieben. Die Summe wird dem Widerstandsfonds überwiesen. Die Versammlung erklärte sich schließlich noch damit einverstanden, daß die Stellungnahme zum 1. Mai dem Verband überlassen werde.

Niddorf. Zu einer würdigen Märzfeier gestaltete sich die Volksversammlung, die zu Mittwoch Abend nach dem Apollo-Theater behufs Bekundung des Wahlergebnisses einberufen worden war. Etwa 1500 Genossen und Genossinnen hatten sich eingefunden. Neben den schon vor Eröffnung der Versammlung durch Flugblätter bekannt gewordenen glänzenden Sieg herrschte eine hochgehende Begeisterung. Fritj Subeil, der als Abgeordneter des Kreises Zeltow-Beesow erschienen war, gedachte in flammender Rede der Volkshelden vom März des Jahres 1848 und der so überaus kleinlichen Mittel, mit der die Reaktionen das Andenken der Freiheitskämpfer herabzusetzen versuchten. Dieser Sach gegen die Todten lasse sich nur erklären aus der Furcht vor der Sozialdemokratie. (Bravo! Lebhaftige Zustimmung.) Nun, die sozialistische Bewegung lasse sich nicht aufhalten; auch die Anebelmänner würden fruchtlos bleiben. Die Saat des 17. und 18. März 1848 sei schon zu prächtig in die Halme geschossen, dafür lege auch wieder der Sieg der Niddorfer Genossen vom 15. März 1899 ein beredtes Zeugnis ab. Die Sozialdemokratie Deutschlands werde anerkannt müssen, daß man in Niddorf seine Schuldigkeit getan habe. Hiermit schloß der Redner. Donnerndes Weisall durchbrauste darauf den weiten Saal. Der Vertrauensmann Hoppe theilte mit, daß wegen der häufigen Inanspruchnahme der Niddorfer Genossen in den letzten Tagen die Märzfeier mit der Siegesfeier verbunden worden sei. Um zu beweisen, daß die Genossen Niddorfs die Vorkämpfer von 1848 nicht vergessen hätten, möge man sich von den Pflügen erheben. Unter feierlichem Schweigen und entblöhten Haupten kamen die Versammelten dem nach. Ostermann gab dann die einzelnen Wahlziffern bekannt, die großen Jubel hervorriefen. Er fügte hinzu, daß nun aber auch jeder Wähler seine Pflicht erfüllen und der politischen Organisation beitreten möge. (Bravo!) Mit begeisterten Hochrufen auf die Partei und den Genossen Jubel wurde die Versammlung geschlossen. Unter den mächtvollen Klängen der Arbeitermarzialisie leerte sich langsam der Saal.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Sozialistischer Sieg.

Amsterdam, 16. März. (Privatdepesche des „Vorwärts“) Bei den Nachwahlen zu den Generalsstaaten im Wahlkreis Veendam (Prov. Groningen) siegte der Genosse Schaper mit 1590 Stimmen.

London, 16. März. (B. T. V.) Unterhaus. Hogan richtet an die Regierung die Anfrage, ob sie Nachrichten über den angeblichen **Ankauf der Karolinen-Inseln seitens Deutschlands** habe. Ob und wie die Interessen Australiens und Neu-Seelands durch die Ausdehnung und Besitzung der deutschen Macht im Stillen Ozean berührt werden, das verdiene die Aufmerksamkeit der britischen Regierung. Der Parlaments-Untersekretär des Außenbüros Brodrick erwidert, die Regierung habe keine Nachrichten über den beregten Gegenstand. Den Interessen Australiens und Neu-Seelands werde sie die gehörige Aufmerksamkeit zuwenden. Hogan richtet die weitere Anfrage an die Regierung, ob die Verhandlungen der Berliner Vertragsmächte betreffend die Lage auf Samoa und die Einsetzung Mataafa's als König definitive Ergebnisse gehabt habe. Brodrick erwidert, die Verhandlungen hierüber seien noch in der Schwebe; weitere Berichte aus Samoa würden erwartet.

Das Oberhaus nahm in zweiter Lesung die Vorlage über den **Wucher** an.

Lissabon, 16. März. (B. T. V.) Die Regierung von Deutschland steht im Begriff, die Unterhandlungen über die **Legung eines Kabels** zwischen Deutschland, den Azoren-Inseln und den Vereinigten Staaten abzuschließen. Das Kabel wird in Deutschland bei Emden landen; auf den Azoren wird dasselbe einen Anschluß an das Kabel der Eastern-Telegraphen-Compagnie erhalten.

Athen, 16. März. (B. T. V.) In der vom König verlesenen Thronrede wird die Nothwendigkeit betont, eine **Reorganisation des griechischen Heeres** und der Verwaltung durch ausländische Sachverständige vornehmen zu lassen.

New-York, 16. März. (B. T. V.) Admiral Dewey ist **schwer erkrankt** und hat telegraphisch um Urlaub nachgesucht. Er wird wahrscheinlich durch den Admiral Sampson ersetzt werden.

Manila, 16. März. (B. T. V.) Die amerikanischen Truppen gingen heute fünf Meilen über den Passig vor und nahmen nach heftigem Kampfe, in welchem die Aufständischen schwere Verluste hatten, den Ort Caltai; die Amerikaner hatten zwei Tode und 13 Verwundete.

Reichstag.

57. Sitzung, Donnerstag, 16. März 1899, 1 Uhr.

Am Bundesratsstische: Reichskanzler Fürst Hohenlohe, Graf Poldowski, v. Poddieleski, Frhr. v. Zhielmann, v. Gohler, v. d. Rede.

Die zweite Etatsberatung wird fortgesetzt bei den noch restierenden Etatsstellen aus dem Reichamt des Innern.

Die Kommission beantragt, die seiner Zeit an sie zurückgewiesenen Titel, welche sich auf die Besetzung von Rangstellenbetreibern u. f. w. beziehen, unverändert zu bewilligen.

Das Haus beschließt demgemäß. Es folgen ebenfalls an die Kommission zurückgewiesene Titel aus dem Etat der Reichs-Post- und Telegraphenverwaltung.

Auch hier handelt es sich um Beamtenbeförderungen, und die Kommission beantragt unveränderte Annahme, jedoch bezüglich der Stellenzahlen Ausdehnung auf die Telegraphenleitungs-Aufsicher. Außerdem beantragt die Kommission, zwei Resolutionen anzunehmen, von denen die erste die Gehaltsstufen für die Postassistenten u. auf durchschnittlich 100 M. höher, abgesehen von der niedrigsten Stufe (1500 M.) festsetzt, die zweite für die gehobenen Postunterbeamten an Stelle der jetzt in den Etat eingestellten widerruflichen, nicht pensionsfähigen Stellenzulagen im nächsten Etat besondere etatsmäßige Stellen mit entsprechend erhöhten Dienstentlohnungen vorzusehen wissen will.

Beide Resolutionen werden debattelos angenommen, nachdem Staatssekretär von Poddieleski

folgende Erklärung abgegeben, daß sämtliche Beamtenstellen fortan in höhere und mittlere eingeteilt werden werden. Zum Eintritt in die letztere gehört die Maturitätsprüfung, in die letztere das Zeugnis für Sekunda. Auch den bereits in der mittleren Laufbahn befindlichen Beamten werden unter gewissen Bedingungen die höheren Stellen zugänglich gemacht werden.

Die vorhin erwähnte Ausdehnung der Stellenzulagen auf die Telegraphenleitungs-Aufsicher wird genehmigt.

Die noch restierenden Kapitel aus dem Etat des Reichsschatz-amts und der Reichsschuld werden unverändert bewilligt.

Einige Petitionen werden den Beschlüssen der Kommission entsprechend erledigt.

Das Haus tritt sodann in die dritte Beratung der Militär-vorlage ein.

Abg. Lieber (3.) und Genossen beantragen: Den § 2 nach den Beschlüssen der Kommission wieder herzustellen, den § 3 der Regierungsvorlage wieder herzustellen und die nachfolgenden Abwägungszusätze: „In den 482 Eskadrons für die Kavallerie sind die jetzigen Formationen inbegriffen, welche zur Erhaltung und Weiterbildung der Spezialtruppe der Jäger zu Pferde (Reiter) erforderlich sind“; den § 4 nach den Beschlüssen der Kommission wieder herzustellen; ferner folgende Resolutionen anzunehmen:

1. Den Herrn Reichskanzler zu ersuchen, derselbe wolle in den Etat Mittel einstellen, um

1. statt der Mannschaften des aktiven Heeres, welche zur Zeit bei den Besoldungsämtern gegen Prämien beschäftigt werden, bürgerliche Handwerker gegen Lohn zu beschäftigen;

2. folgende Infanterie-Mannschaften, die freiwillig das dritte Jahr oder die Hälfte desselben im aktiven Dienst verbleiben, eine Prämie bzw. eine höhere Löhnung gewähren zu können.

II. Die Bereitwilligkeit auszusprechen, wenn sich bei Ausführung des gegenwärtigen Gesetzes die nachweisliche Vermehrung der 495 500 Gemeinden, Gefreiten und Obergefreiten die zweijährige Dienstzeit bei den Fußtruppen aufrecht zu erhalten, alldann, nötigenfalls auch noch im Laufe der Geltungsdauer des § 2 in erneute gesetzliche Erwägungen über Bemessung der Friedenspräsenzstärke mit den verbündeten Regierungen einzutreten.

Kriegsminister v. Gohler:

Der heutige Tag soll über die Militärvorlage entscheiden, welche die Organisation des deutschen Heeres auf fünf Jahre festzulegen berufen ist. Man sollte meinen, es bedarf heute nicht mehr der Worte; denn wenn zwischen den einzelnen Parteien eine Einigung stattgefunden haben sollte, so wird eine Rede des Kriegsministers daran nichts ändern. Das gebe ich zu, aber gerade weil ich in dieser Hinsicht keine Rücksicht zu nehmen habe, werde ich die Vorlage bis zum Schluss als Soldat vertreten. Was ist denn eigentlich eine Militärvorlage? Ist sie ein Bau, der künstlich in irgend einem Bureau erdacht ist, der Ausdruck einer einseitigen Theorie? Nein, eine Militärvorlage ist der Niederschlag langjähriger, nulltätiger Erfahrungen; sie bezeugt die feste Absicht, den Erfordernissen der Zukunft Rechnung zu tragen. Der Vorbereitung einer derartigen Vorlage stellen sich außerordentliche Schwierigkeiten entgegen. In den verschiedensten militärischen Ressorts treten überall neue Bedürfnisse zu Tage, alles strebt nach vervollständigung. Allmählich tritt dann eine Rekrutierung ein, es bildet sich ein fester Kern, der die Grundlage bildet. Dem ersten Entschluß folgt dann aber die mühselige Arbeit, endlose Zahlenreihen anzusetzen. Dazu kommt endlich die unvermeidliche Rücksicht auf politische und finanzielle Faktoren. Von dem Verfechter einer solchen Vorlage muß man eine bestimmte Eigenschaft verlangen, das ist Beharrlichkeit, und aus diesem Grunde beharre ich bis zuletzt auf dieser Vorlage.

Wenn ich die Beschlüsse der Kommission mit vergegenwärtige, dann muß ich frei und unumwunden anerkennen, daß Bewilligungen darin enthalten sind, welche ganz ungewöhnliche Fortschritte für die Armee einschließen. Auf die Details will ich nicht eingehen und nur einige Waffengattungen hervorheben, die in Betracht kommen. In erster Linie gilt die Reu-Organisation der Feldartillerie, die erst jetzt auf dem Schlachtfelde das leisten kann, wozu sie berufen ist. Ferner ist von der Kavallerie der Mann genommen, der auf ihr beinahe 30 Jahre lang lag, das Bedürfnis nach neuen Formationen ist endlich anerkannt. Sind sie auch in bescheidenen Grenzen gehalten, so werden sie doch für die Kavallerie von besonderem Werte sein. Ebenso haben die Infanterie, die Pioniere, der Train die notwendige Verstärkung erhalten. Nur eine Gattung ist in viel geringerem Grade berücksichtigt worden, das ist die Infanterie. Ohne eine gute Infanterie ist aber die entscheidende Aufgabe im Felde überhaupt garnicht zu lösen; die lebendige Kraft der Nation und des gesamten Heeres liegt in Großen und Ganzen in der Infanterie. Wer das Gefühl selbst kennt, weiß, was für Anforderungen an eine gute Infanterie gestellt werden müssen; diese Anforderungen kann sie aber nur erfüllen, wenn sie im Frieden die richtige militärische Erziehung und Ausbildung genossen hat. Nun darf man nicht vergessen, daß damit die richtige Ausbildung erreicht werden kann, die Dienstzeit in richtiger Beschäftigung stehen muß mit der Stärke der Bataillone. Bei zweijähriger Dienstzeit wird ein stärkerer Jahrgang älterer Mannschaften gebraucht, sonst sinkt die Infanterie auf das Niveau einer Rekrutenschule herab. (Sehr richtig! rechts.) Die deutsche Infanterie braucht also starke Bataillone und die Regierungsvorlage sucht sie ihr zu schaffen. Die Stärke der Bataillone muß so beschaffen sein, daß die zweijährige Dienstzeit mit vollem Erfolg für die Truppen durchgeführt werden kann. Es ist der Gedanke in der Kommission angeregt worden, die Abkommandierungen in der Infanterie nach Möglichkeit einzuschränken. Gewiß, auch die Heeresverwaltung ist dieser Meinung, aber diese Verminderung der Abkommandierungen muß mit der Erhöhung der Präsenzstärke Hand in Hand gehen. Die Kosten für die Beschränkung der Abkommandierungen würden nach ungefährer Berechnung 20 Millionen jährlich betragen. (Hört, hört! rechts.) Demgegenüber steht hier eine Ausgabe

von 2 1/2 Millionen, die die Kommission nicht bewilligen will. Was die Regierung fordert, ist wirklich in den minimalsten Grenzen gehalten, und ich kann nur darum bitten, den organischen Zusammenhang der Heeresverwaltung nicht zu zerreißen; geben Sie jeder Waffe, was der Waffe gebührt. Die Präsenzstärke muß so festgelegt werden, daß für alle möglichen Eventualitäten vorgesorgt ist; bewilligen Sie also die Präsenzstärke so, wie sie in der Regierungsvorlage normiert ist. Wird die Forderung der Regierung jetzt nicht bewilligt, so tritt sie später unabwendbar wieder auf.

Abg. Lieber (3.):

Meine Herren, ich kann es dem Herrn Kriegsminister durchaus nachsagen, wenn er die Forderungen der verbündeten Regierungen als Soldat bis zum letzten Augenblick aufrecht erhält. Aber ich verlange hier, von dem soldatischen Kriegsminister an den politischen Bundesrat und Reichskanzler Berufung einzulegen. Neben den soldatischen kommen die politischen und finanziellen Gesichtspunkte wesentlich in Betracht. Ich freue mich darüber, daß auch der Herr Kriegsminister das heute anerkannt hat. Davon ausgehend, haben wir erwogen, ob es nicht möglich sei, eine Verständigung zwischen den Regierungen und dem Reichstag anzubahnen. Das Ergebnis dieser Erwägungen liegt in den letzten Resolutionen. Wir würden sie nicht eingebracht haben, wenn vom Bundesratsstische das Wort unomehmbare gefallen wäre, und wenn die übrigen Parteien nicht ausdrücklich ihre definitive Entscheidung auf die dritte Lesung verschoben hätten. Die drohende Gefahr für das Vaterland hat meine politischen Freunde vor das volle Bewußtsein der Verantwortlichkeit gestellt, die ein Scheitern der Verständigung uns auferlegen würde. Wir waren uns auch bewußt, daß eine Auflösung des Reichstages im gegenwärtigen Augenblick eine Zeit budgetlosen Regierens über das Reich heraufbeschworen hätte, deren Folgen nicht abzusehen gewesen wären. Aus diesen Gründen schlugen wir Ihnen jene Resolutionen vor. Wir schlagen vor, sowohl die Jahreszahl 1903, sowie die Präsenzstärke von 495 500 aufrecht zu erhalten. In § 3 haben wir den geäußerten Bedenken Rechnung getragen und schlagen nur eine formelle Änderung vor, um den Wünschen des Herrn Kriegsministers zu begegnen. Die Annahme unserer ersten Resolution würde einen alten Wunsch der Budgetkommission erfüllen durch Einschränkung der Konkurrenz zwischen Militärarbeitern und bürgerlichen Arbeitern.

Den Inhalt unserer zweiten Resolution habe ich schon in der zweiten Lesung als möglich angedeutet. Die Resolution geht von dem Wunsche aus, die zweijährige Dienstzeit aufrecht zu erhalten und zu einer dauernden Einrichtung unserer Landesregierung zu machen. Wir erkennen an, daß zur Erreichung dieses Zwecks hohe Opfer zu bringen sind. Aber wir behalten uns vor, diese erst dann zu bringen, wenn der Nachweis ihrer Notwendigkeit erbracht ist. Wir schlagen den Regierungen vor, erst einmal den redlichen Versuch mit der Erhöhung der Friedenspräsenzstärke zu machen, die der Reichstag für ausreichend erachtet. Wir sind uns so mehr berechtigt, eine solche Probe zu verlangen, als die ganze Vorlage ja sich auf dem Boden der stufenweisen Einführung der Neu-Organisation bewegt. Dadurch allein ist schon unsere Stellung, die wir von Anfang an eingenommen haben (Heiterkeit links) und die in dieser Resolution zum Ausdruck kommt, ausreichend begründet. Im Jahre 1893 hat die Regierung ganz von selbst schließlich diejenigen Abstriche gemacht, die das Zentrum vorher vorgeschlagen hatte. Wenn es damals ging, so können wir doch jetzt sagen: warum so stürmisch? (Heiterkeit.) Man hätte freilich in diesem Gesetze den Ausweg suchen können, der 1893 gefunden wurde; daß der oberste Kriegsherr berechtigt sein sollte, im Augenblicke der Gefahr jede Linie des Gesetzes selbst auszufüllen. Aber dieser Ausweg hat auch seine großen Schattenseiten; und ich glaube, es ist weit besser, man läßt lieber die verfassungsmäßige, gesetzliche Regelung offen.

So hoffe ich denn, daß die Regierungen den ihnen dargebotenen Weg der Verständigung beschreiten werden. Es ist uns nicht leicht geworden, Ihnen diesen Vorschlag zu machen (Heiterkeit bei den Sozialdemokraten). Wir wissen ganz genau, was die Herren auf dieser Seite des Hauses daraus machen werden. (Stürmische Heiterkeit bei den Sozialdemokraten.) obgleich wir auch ganz genau wissen, daß es auch Ihnen recht angenehm ist. (Heiterkeit und viele Zurufe links.) Die ganze Behandlung der Frage seitens der verbündeten Regierungen war bis jetzt freilich nicht sehr einladend für uns, mit einem solchen Vorschlag zu kommen. (Große Heiterkeit.) Ich kann den verbündeten Regierungen und der Heeresverwaltung den Vorwurf nicht ersparen, daß sie dies im Grunde um uns nicht verdient haben. (Schallende Heiterkeit.) Wir haben uns zu unserm Vorgehen auch nicht entschlossen aus Furcht vor einem innern Konflikt. Wir als Partei würden einen solchen innern Konflikt mit der größten Gelassenheit auf uns nehmen; (Heiterkeit und Zurufe.) aber weit über das Parteinteresse geht uns die Liebe zum Vaterlande (Große Heiterkeit bei den Sozialdemokraten) und der Wunsch, mit den verbündeten Regierungen und denjenigen Parteien, mit denen wir schon so manches vaterländische Werk zu Stande gebracht haben (Heiterkeit), auch diesmal im nationalen Sinne zusammenzugehen. Ich empfehle Ihnen also die Annahme unserer Vorschläge. (Lebhafte Bravo! rechts, in der Mitte und bei den Nationalliberalen. Bisshen bei den Sozialdemokraten.)

Reichskanzler Fürst Hohenlohe:

Der Herr Kriegsminister hat hier nochmals den militärisch-technischen Nachweis geführt, daß die Militärvorlage nur dann die im Interesse der Landesverteidigung notwendige Neuorganisation sichert, wenn diese in ihrem vollen Umfange zur Durchführung gelangt. In Hinblick aber auf die militärische Wichtigkeit, welche die von Ihrer Kommission bewilligten Formationen besitzen und in der Erwägung, daß deren Durchführung eine Verzögerung nicht erleiden darf, haben sich die Regierungen entschlossen, der Vorlage auch in der veränderten Form, wie sie aus dem heute eingebrachten Antrage sich ergibt, zuzustimmen. (Bravo! rechts und in der Mitte.) Diese Erklärung geben sie unter dem Vorbehalt ab, daß sie entschlossen sind, vor Beendigung der Neuformationen an dieses hohe Haus mit erneuten Anträgen heranzutreten. (Hört! hört!) Die Resolution, welche die gleiche Eventualität zuläßt, wird hoffentlich die Annahme des Reichstages finden. Nach den Ausführungen des Herrn Abg. Lieber glauben die Regierungen, daß ihre Forderungen, wenn auch nicht zur Zeit, so doch rechtzeitig zur Beendigung der gesamten Neu-Organisation die Billigung des hohen Hauses finden werden. (Bravo rechts! Heiterkeit bei den Sozialdemokraten.)

Abg. v. Levetzow (1.):

Nachdem sich die Regierung mit der verringerten Präsenzstärke vorläufig einverstanden erklärt hat, sind auch wir bereit, für die Wiederherstellung der Kommissionsbeschlüsse zu stimmen, die wir in zweiter Lesung abgelehnt haben. Wir werden dazu bekümmert durch die Erwägung, daß damit die volle Forderung nicht befriedigt ist (Rufen links), und daß, wenn die Regierung später mit der neuen Forderung kommt, diese in lokaler Auslegung der Resolution IV geprüft und angenommen wird. (Beifall rechts.)

Abg. v. Kardorff (Rp.):

Ich sagte am Dienstag ausdrücklich, daß wir uns unsere Stellung für die dritte Lesung vorbehalten und sie nach der Erklärung der Regierung einrichten werden. Nachdem diese Erklärung erfolgt ist, werden wir für die Wiederherstellung der Kommissionsbeschlüsse stimmen, und das nun so eher, als die Resolution 4 vorliegt. Wenn die zweijährige Dienstzeit aufrecht erhalten werden soll, wird die Regierung mit einer erneuten Vorlage vor den Reichstag treten müssen. Ich setze bestimmt voraus, daß die Kriegsverwaltung hierzu gezwungen sein wird. (Heiterkeit links.) Die Annahme der Vorlage ist die Veseitigung eines Konflikts, und ich hoffe, daß sie dem Vaterland zum Segen gereichen wird.

Abg. Vassermann (nall.):

Wir werden die Regierungsvorlage hoffentlich zu einem glücklichen Ende führen. Ich begrüße die Tatsache, daß Regierung und Parlament in der wichtigen Frage des Ausbaus der Armee und der Landesverteidigung einig geworden sind, mit Genugtuung. Einen Konflikt hätte ich im höchsten Maße bedauert, einmal im Hinblick auf das Ausland, und zweitens, weil ein solcher Konflikt für unsere Verhältnisse im Innern bedenklich gewesen wäre. Denn im Augenblick, wo die bürgerlichen Parteien in Uneinigkeit mit einander geraten, geneigt die Sozialdemokratie in erster Linie die Frucht dieses Streits, (Rufen bei den Sozialdemokraten. Sehr richtig! im Zentrum.) Dann aber sind in Deutschland Elemente in Tätigkeit, die einen solchen Konflikt nicht ungern sehen und in ihm eine Förderung ihrer Bestrebungen auf Abänderung der Verfassung erblicken, die, wenn sie ausgeführt werden sollten, nur zu schweren inneren Wirren führen würde. Unsere Aufgabe kann es nicht sein, diese Bestrebungen durch Konflikte in Mitleidenschaft zu ziehen. In den Kommissionsbeschlüssen liegen große Bewilligungen für die Vermehrung der Artillerie vor. Diese Bewilligungen, die in der Kommission mit großer Mehrheit beschlossen worden sind, dürfen wir nicht durch einen Wahlkampf aufs Spiel setzen. Wir hätten gewünscht, daß die 7008 Mann bewilligt worden wären. Wenn wir nunmehr aber auf die Brücke treten, die uns im Antrag Lieber vorliegt, so geschieht das im Hinblick auf die Erklärungen des Reichskanzlers, die eine Uebernahme der Verantwortlichkeit auf die Regierung darstellten. Selbstverständlich kann der Reichstag sich durch die Verantwortlichkeit der Regierung nicht von der eigenen Prüfung und Entscheidung frei machen. Diese Prüfung des Reichstages halte auch mein Kollege Satler bei seiner vorgestrigen Rede im Auge. (Heiterkeit und Widerspruch links.) Wir sind überzeugt, daß es schwer, ja unmöglich ist, die zweijährige Dienstzeit wieder abzuschaffen. Zu ihrer Aufrechterhaltung müssen wir zu Opfern bereit sein. Es bleibt abzuwarten, in welchem Umfange es möglich sein wird, die Oekonomie-Handwerker abzuschaffen. Die Rücksicht auf die Sicherstellung der Versorgung für die Armee muß jedenfalls auch hierbei der entscheidende Gesichtspunkt sein. Wir stimmen heute den Kommissionsbeschlüssen zu und ebenso den Resolutionen. (Beifall bei den Nationalliberalen.)

Abg. Richter (fr. Vg.):

Wir werden dem Kommissionsbeschuß und der Resolution 4 beitreten (Beifall rechts), verstehen aber die Resolution 4 nur nach ihrem Wortlaut.

Abg. Richter (fr. Vp.):

Ich bin durchaus nicht geneigt, die Aufrechterhaltung der Streichung der 7008 Mann zu unterschätzen. Gerade die begleitenden politischen Umstände der letzten Tage gaben diesem Abstrich erst seine Bedeutung. Der Kriegsminister hat als Soldat den Posten bis zum letzten Augenblick verteidigt. Wenn er aber meint, daß die Vorlage der Niederschlag langjähriger Erfahrungen ist, so frage ich: ja, gilt denn das nicht für jede militärische Vorlage? Soll nicht jede Vorlage erfüllt sein von der Absicht, den Erfordernissen der Zukunft Rechnung zu tragen? Wenn er auf die mühselige Arbeit der Berechnungen und auf die langen Zahlenreihen hingewiesen hat, ja, — ist denn eine solche mühselige Berechnung nicht bei jeder Vorlage notwendig? Es ist ja verständlich, wenn ein Ressortchef auf einer Vorlage besteht, die ihn so viel Mühe gekostet hat. Der Herr Kriegsminister hat auf die langen Vorverhandlungen mit politischer und finanzieller Faktoren hingewiesen, die der Vorlage vorangegangen sind. Ja, soll denn der Reichstag als politischer und finanzieller Faktor nicht auch konkurrieren mit anderen politischen Faktoren? (Sehr richtig! links.) Bei der zweiten Beratung hier im Plenum ist die Lehre vom beschränkten Unterhandlungsstand in Militäribus verlobet worden. Es ist gesagt worden, wenn der Reichstag nicht Alles bewilligt, wird er aufgelöst werden. Wenn diese Ansicht durch die Nachgiebigkeit des Reichstages bestätigt worden wäre, so wäre dies die Proklamation des militärischen Absolutismus. (Sehr richtig! links.) Die Degradation des Reichstages gewesen. (Bravo! links.) Daß solche Ansichten überhaupt hervortreten konnten, erkläre ich mir aus der Nachgiebigkeit des Reichstages in der Flottenfrage. Da ist man an bestimmter Stelle zu der Vorstellung gekommen, daß man nur energisch zu fordern braucht zu Wasser und zu Lande, um Alles bewilligt zu erhalten. (Bravo! links.) Wenn der Reichstag nachgiebig gewesen wäre, so würde das Beispiel der Militärverwaltung Nachahmung in anderen Ressorts gefunden haben. Durch Nachgiebigkeit wird Konflikten nicht ausgewichen, sondern ihnen erst Boden geschaffen. (Bravo! links.) Das Juridivischen des Reichstages in militärischen Fragen ist wahrlich nicht geeignet, die Achtung und das Ansehen zu erhöhen, das eine parlamentarische Vertretung, die auf dem Boden des gleichen und allgemeinen Wahlrechts steht, dringend bedarf. Herr Vassermann hat die Resolution 4 als eine Brücke bezeichnet. So wenig ich geneigt bin, diese Resolution 4 zu unterschätzen, muß ich doch sagen, sie ist geschlagen zum Admarck aus einer unhaltbaren Position. (Heiterkeit links.) Auch dem Gegner, der sich tapfer geschlagen hat, macht man solche Honneurs beim Admarck. (Lebhafte Heiterkeit links. Unruhe rechts. Ein konservatives Blatt hat auf die 68 Stimmen Mehrheit gegen die Regierungsvorlage hingewiesen und gesagt, 1 1/2 Millionen Wähler ständen dahinter. Die Auflösung würde kein anderes Resultat mit einem neuen Reichstag ergeben. Das ist vollkommen richtig!)

Aber wir dürfen diese Resolution auch nicht überschätzen. Eigentlich sagt sie nur etwas Selbstverständliches. (Sehr gut! links.) Wenn mir jemand mit besseren Beweisen kommt, dann bin ich von Gottes- und Rechtswegen verpflichtet, in erneute Erwägung zu treten. Das muß ich bei jedem Gesetze thun und nicht bloß bei einer Militärvorlage. (Heiterkeit links.) Die Resolution soll lokal ausgeführt werden! Gewiß! Man verpricht erneute Erwägungen. Aber wenn diese erneuten Erwägungen zu einer Ablehnung führen sollten, so wäre das auch lokal gehandelt. (Sehr richtig! links.) Selbst wenn die jetzt schon angeforderte, nachträgliche Forderung abgelehnt werden sollte, muß die zweijährige Dienstzeit jedenfalls für das ganze Quinquennat aufrechterhalten bleiben. Das Quinquennat hat auch für die Regierung seine Schattenseiten; es zerstreut nicht, sondern es sammelt alle Konflikte auf dem Gebiete der Militärverwaltung gleichsam an. Das beste wäre, die jährliche Feststellung der Präsenzliste und die gesetzliche Festlegung der zweijährigen Dienstzeit, wie wir sie verlangen. Es muß immer wieder darauf hingewiesen werden, daß eine solche wichtige Sache wie die zweijährige Dienstzeit nicht provisorisch geregelt werden kann. Ich muß weiter meiner Freunde darüber Ausdruck geben, daß der Gedanke, den ich seit 30 Jahren vertreten habe, die Besoldungsämter mit Zivilarbeitern zu besetzen, jetzt endlich Anhang gefunden hat. Mich schrecken auch nicht die Zahlen des Herrn Kriegsministers. Es ist ganz bezeichnend, daß hier, wo die Regierung ein Entgegenkommen zeigen soll, der Herr Kriegsminister uns granatlich macht. Uebrigens bin ich der Ansicht, daß jedenfalls berufsmäßig gelehrte Arbeiter weit geschickter und produktiver arbeiten werden, als die militärischen, welche Prodnarbeit leisten. (Sehr richtig! links.) Daher ist es noch gar nicht ausgemacht, daß diese Veränderung erhebliche Mehrausgaben herbeiführen wird. — Die Frage der Einschränkung der Abkommandierungen ist nicht neu, sie hat uns schon 1893 eingehend beschäftigt. Nachdem aber die genügenden Mannschaften bewilligt waren, war das Interesse an der Einschränkung der Abkommandierungen nicht mehr vorhanden. Wir sind der Meinung, daß erst, wenn diese Abkommandierungen so eingeschränkt sind, wie es überhaupt möglich ist, es sich überlegen läßt, ob eine Verfüllung der vorhandenen Bataillone, auch nur bis zu der jetzt bewilligten Grenze hinaus notwendig sei. Dem ersten Teil der hierauf bezüglichen Resolution werden wir also zustimmen, den zweiten Teil der Resolution, der die Kapitulanten betrifft, überlassen wir der Initiative der Regierung. Die Änderungen der

Kavallerieforderung im Antrag Lieber scheint mir nur von formaler Bedeutung. Jedenfalls wird damit die Weibehaltung der Jäger zu Pferde gesichert, ihre Eskadrons können nicht in andere Kavallerie-Eskadrons umgewandelt werden. Es ist dies von Bedeutung, weil in den höheren Regionen offenbar verschiedene Strömungen hinsichtlich der Kavallerie zu herrschen scheinen. Zum Schluß noch einige Bemerkungen allgemein politischer Natur. Die Vorgänge zwischen Mittwoch vor acht Tagen und heute sind ja nunmehr abgeschlossen, so daß man sie objektiv, rein historisch betrachten kann. (Sehr gut! links.) Darüber bist kein Drehen und Weichen: am Mittwoch vor acht Tagen war man absteigend, bei allen Parteien und auch in der Regierung im guten Glauben, daß mit den gefassten Beschlüssen die Verhandlungen über die Militärvorlage abgeschlossen seien. Den Herrn Kriegsminister habe ich am Dienstag durchaus nicht persönlich angegriffen wollen, er hat sich stets sehr loyal und gegenüber bewiesen. Meine Bemerkungen richteten sich vielmehr gegen die verantwortlichen Herren im Zivil. Bei einer solchen, auch politischen Vorlage sind auch diese Herren verantwortlich. Sie mußten zugeben, daß sie mit dem Herrn Kriegsminister, mit den Ansichten des Monarchen, und wenn sie das nicht thäten, haben sie sich einer Verhöhnung schuldig gemacht. (Sehr richtig! links.) Wenn sie aber diese Fühlung hatten, woher kam dann am Donnerstag die plötzliche Veränderung? Jetzt wurden plötzlich Sitzungen der Minister abgehalten, von denen vorher nicht die Rede gewesen war. Ich habe den Eindruck, daß in den oberen Regionen nicht Alles so geordnet ist, wie es geordnet sein muß, daß die einheitliche Führung fehlt, auch da, wo sie durchaus notwendig ist. (Sehr richtig! links.) Geht werden immer scharfe Gegensätze auch dort oben bestehen, aber es muß dafür gesorgt werden, daß diese Gegensätze durch solche Plöblichkeit nicht noch verschärft werden. (Sehr gut! links.)

Abg. Bebel (Soz.):

Während am Dienstag noch über das Schicksal der Vorlage bei der großen Mehrheit des Hauses Unklarheit herrschte und drohende Wolken den politischen Horizont verdunkelten, begegnet man heute freundlichen, vergnügten Gesichtern, und es hätte gar nicht erst der Erklärung des Herrn Reichsanzlers bedürft, um sich darüber klar zu sein: das Gewitter ist vorüber. Warum? weil mittlerweile Vereinbarungen mit den Majoritätsparteien getroffen waren, die uns jetzt vorliegen. Daß das Zentrum seine jetzige Stellung in militärischen Fragen einnimmt, ist ja ganz natürlich, nachdem es bei der Flottenfrage mit vollen Segeln im Fahrwasser der Regierung kreuzte. Daß die Regierung nach einer Verständigung suchte, beweist uns, daß sie die Auflösung fürchtete. Der Sozialdemokratie wäre eine Auflösung, wenn nicht willkommen, so doch gleichgültig gewesen. Daß die Auflösung nicht erfolgt ist, daß die Ueberzeugung haben, daß die 2125 000 Wähler, die hinter der Sozialdemokratie bei den letzten Wahlen gestanden haben, auch heute wieder hinter uns stehen würden. Man ist es im Wolke müde, daß solche enorme Ausgaben für das Heer immer bewilligt werden. Das Volk hat in erster Linie die Soldaten zu stellen und das Geld durch Steuern aufzubringen. Es muß daher das Recht haben, nicht nur in solchen Fragen mitzusprechen, sondern ein entscheidendes Wort mitzusprechen. Der Herr Kriegsminister hat durch allerlei technische Auseinandersetzungen die Notwendigkeit der Vorlage zu beweisen gesucht. Aber die großen technischen Revolutionen der letzten Jahrzehnte haben auch innerhalb der Militärverwaltung, der Militärorganisation der verschiedenen Länder Platz gegriffen. Die Ansichten der maßgebenden Persönlichkeiten über das, was notwendig ist, gehen bekanntlich weit auseinander. Die Resolution des Herrn Lieber bindet aber dem Zentrum die Hände: denn die Resolution der Auffassung meiner politischen Freunde eine ganz bestimmte Verpflichtung, die die Herren der Regierung gegenüber eingegangen sind. (Gurke aus der Mitte.) Es ist auch ganz sicher, daß die Regierung spätestens nach zwei Jahren auf ihrem Stande bestehen wird. Und ich bin sicher, daß sich dann eine ganze Reihe neuer Bedürfnisse herausgestellt haben werden und daß es sich dann nicht mehr um bloß 7000 Mann handeln wird. (Sehr richtig! links.)

Herr Lieber sprach heute davon, daß der in seiner Resolution eingenommene Standpunkt der unveränderte Standpunkt seiner Partei ist. Das trifft nicht ganz zu. (Sehr richtig! links.) Dieser Standpunkt ist erst zur Geltung gekommen, als dem Zentrum am Dienstag die Absicht der Regierung klar wurde, auf ihrer Forderung fest zu bestehen. (Sehr richtig! links.)

Kun ist auch die Frage aufgeworfen worden, ob die verlangte Vermehrung nicht im richtigen Verhältnis stehe zu dem Wachstum der Bevölkerung. Betrachten wir die Vermehrungen seit 1875, seit jenem Jahre, wo man zum ersten Male nach der Begründung des neuen deutschen Reiches mit einer Heeresvermehrung um 100,000 bis heute, so sehen wir in der Armee ein Mehr von 38,7 pCt., während die Bevölkerung in der gleichen Zeit nur um rund 25 pCt. zugenommen hat; die Kosten für die Armee sind gar um 60 pCt. gestiegen. Dazu kommen noch die steigenden Ausgaben für die Marine, vom Pensionatstand z. ganz zu schweigen. Im Jahre 1891 sagte Graf Caprivi bei der Verabreichung des österreichischen Handelsvertrages: Es ist nicht unmöglich, daß die Zeit kommen wird, wo die Staaten einsehen werden, daß sie klügeres zu thun haben, als sich gegenseitig das Blut auszusaugen, weil sie im wirtschaftlichen Kampfe um Dasein genötigt sein werden, alle ihre Kräfte einzusetzen. Das sagte Graf Caprivi. Die Männer der heutigen Regierung aber bleiben dabei: Nur mehr Geld und mehr Leute für die Armee. Die allein ist für Deutschland das Notwendigste.

In der Haltung des Reichstages gegenüber den jetzigen Forderungen scheint mir noch eines bemerkenswerthen: Im vorigen Jahre bei der Bewilligung der Marinevorlage hat das Zentrum die Erklärung verlangt, daß die Mehrkosten nicht durch neue Steuern auf die Arbeiterklasse abgedeckt werden. Heute hat man daran überhaupt nicht mehr gedacht. Und es ist doch gar nicht ungeschicklich, daß man an eine Erhöhung der Einnahmen wird gehen müssen; zumal angesichts der Thatfache, daß die Verbrauchsteuer für Jüder nicht wird aufrecht erhalten werden können, gewinnt die Aussicht auf neue Steuern eine große Wahrscheinlichkeit.

Auch die Rechte zeigt eine durchaus widerspruchsvolle Haltung. Dieselben Herren, die im preussischen Abgeordnetenhaus ihre Opposition gegen die Kanalvorlage damit begründeten, daß dazu eine erhebliche Anwendung von Arbeiten erforderlich sein wird, die der Landwirtschaft die Kräfte entziehen, stimmen bereitwillig einer Vorlage zu, die dies noch in viel höherem Maße bewirkt. Man hat es eigentlich bei der ganzen Verabreichung unterlassen, zu erörtern, ob denn in der That die Situation in Europa nicht auch eine andere Haltung des Reichstages rechtfertigen würde. In den Motiven zur Vorlage wird wieder mit Nachdruck auf das Verhältnis Deutschlands Frankreich und Rußland gegenüber hingewiesen. Deutschland müsse jederzeit in der Lage sein, es mit Frankreich allein aufnehmen zu können. Nun ist, was die französische Armee anlangt, abgesehen von der Einsicht, die uns die Dreifus-Affäre verschafft hat, in den letzten Tagen noch ein Moment hinzuzutreten, das unserer Beachtung werth ist. In der französischen Kammer hat der Kriegsminister de Freycinet am 8. März ganz offen erklärt, daß Frankreich an der Grenze seiner Leistungsfähigkeit angekommen sei. (Hört! hört!) Es ist auch längst bekannt, daß Frankreich seine Friedenspräsenzstärke nur dadurch aufrecht erhalten kann, daß es schwächliche und untaugliche Mannschaften einstellt. Frankreich kann an einen Krieg gar nicht denken. Selbst die elsässisch-lothringische Frage ist so gut wie überwunden. Rußland hat die stärkste Bevölkerungszunahme unter allen Völkern Europas. Wäre Rußlands Armee im Verhältnis so groß wie die deutsche, dann müßte sie 2 1/2 mal so groß sein. Das ist sie bekanntermaßen entfernt nicht. Ueberall in Europa kämpfen die Länder mit finanziellen Schwierigkeiten, Rußland mit eingeschlossen. Oesterreich, Italien, Frankreich kommen für einen Wettkampf mit Deutschland gar nicht in Betracht. Bleibt einzig und allein Rußland übrig. Aber auch dort siebelt sich immer mehr deutsche Industrie an, deutsches Kapital sucht sich immer mehr in Rußland zu betätigen. Angesichts

dieser Weltlage müßten doch die Regierungen der einzelnen Staaten von den Parlamenten gezwungen werden, den Weg friedlicher Verständigung zu gehen und eine Verständigung zwischen den Staaten herbeizuführen. Heute giebt es in Europa nur eine einzige Klasse, die die Völkerverbrüderungsidee, die Friedensidee vertritt. Es ist die Sozialdemokratie. (Sehr richtig! links! Lachen rechts.) An dem Tage, wo die bürgerlichen Klassen der Sozialdemokratie auf diesem Wege folgen, da ist Europa pazifiziert, der Weltfriede gesichert und wir brauchen uns nicht mit Vorlagen wie der heutigen zu beschäftigen. (Beifall links.)

Abg. Preiß (L.):

Wir glauben nicht daran, daß durch den Abbruch die Grenzen des Vaterlandes nicht genügend gesichert sein sollen. Die fortgesetzt steigenden Militäraufgaben müssen zum wirtschaftlichen Ruin des Volkes führen. Kulturaufgaben leiden jetzt schon erheblich. Die bestehenden Militärmassen genügen, um Deutschland dem Auslande gegenüber zu sichern. Wir werden gegen die Regierungsvorlage und gegen die Kommissionsbeschlüsse stimmen.

Kriegsminister v. Goltz:

Herrn Bebel erwidere ich, wenn sein Wunsch, die internationale revolutionäre Sozialdemokratie, Oberhand gewinnen sollte, dann der Krieg im Innern entbrennen würde. Auf die Rede des Abgeordneten Richter muß ich etwas näher eingehen. Ich konnte über den Zentrumsantrag in der Subkommission keinen Beschluß des Bundesraths einholen, da ich ihn erst in der Kommissionsberatung selbst kennen lernte. Herr Richter hat mein Verhalten heute als sehr geschickt bezeichnet. Ich lege darauf keinen Werth, richte auch nach dem Urtheil des Abg. Richter mein Verhalten nicht ein. Die Abstimmung in der Kommission erfolgte mit so knapper Mehrheit, daß die Entscheidung des Hauses zweifelhaft war. Der Bundesrath hatte deswegen recht, wenn er erst die zweite Lesung abwartete. Daß sich für eine so wichtige Frage auch die allerhöchste Stelle sehr interessiert, daß da sehr eingehende Beratungen gepflogen werden, ist doch selbstverständlich.

Abg. Liebermann v. Sonnenberg (Antik.):

Es ist nicht angenehm, für einen verlorenen Posten zu kämpfen. Wenn die Konserverativen und Nationalliberalen fester gewesen wären, dann hätte die Regierung auf ihrer Vorlage bestehen können, dann hätte das Zentrum nachgeben müssen. (Oho! beim Zentrum.) Das diesmalige Verhalten des Zentrums hat starke Mißbilligung hervorgerufen. Die Herren sagen das nur nicht so deutlich heraus. Ich habe kein Wohlwollen beim Zentrum zu verlieren und bin deutlich. (Heiterkeit.) Der Unwille wird sich auch bei passender Gelegenheit einmal gegen das Zentrum entladen. Welche Beweggründe das Zentrum zu dem Kompromiß geführt haben, weiß ich nicht. Vielleicht wollte es seine Macht noch ohen dokumentiren, vielleicht wollte es gewisse zentrifugale Kräfte an das Zentrum fesseln. Wenn es ihm gelungen ist, so muß ich sagen, die Herren sind sehr bescheiden, denn sachlich ist alles bewilligt, was die Regierung braucht. (Heiterkeit.) Ich habe keinen parlamentarischen Ehrgeiz. (Gurke bei den Sozialdemokraten: Ra! na!) Fragen Sie bitte einmal den langjährigen Kollegen August Bebel, was er über die parlamentarische Wirklichkeit denkt. Er wird Ihnen wahrscheinlich mit dem Vers der alten Berliner Gasse antworten: „Es kann wohl sein, es macht Vergnügen; Doch glückselig, Künstlich, macht es nicht.“ (Langanhaltende Heiterkeit.) Wenn ich also parlamentarischen Ehrgeiz hätte, dann würde ich wünschen, in diesem Augenblicke an der Spitze einer mächtigen ausfallschlagenden Partei zu stehen. Dann wäre die Regierungsvorlage auf anderem Wege, nicht auf dem der Handelspolitik (Heiterkeit) zu Stande gekommen. Dann wären die Kompensationsobjekte offen genannt und in die Vorlage aufgenommen worden: ein mittelständischer Kostendeckungsparagraf, volle Fürsorge für die Invaliden, Entschädigung für Nichtbenutzung des Zivildienstpflichtigen mit rückwirkender Kraft zc. Die Erfahrungen über die Wirkung der zweijährigen Dienstzeit sind noch nicht abgeschlossen. Die Zeit der Abfassung ist noch lange nicht gekommen. (Lache: Schluß!) Ich schließe, wann ich will. Wir müssen unser Pulver trocken halten schon im Hinblick auf die Kämpfe in Oesterreich. Die Zeit kann kommen, wo das Wort vom verlassenen deutschen Bruderstamme, das für Schleswig-Holstein geprägt wurde, auch in der neuesten deutschen Geschichte wieder seine Rolle spielt. (Bravo! bei den Antisemiten.) Heute, wo die Gebeine Bismarck's bestattet werden, ist auch ein gut Stück Vertrauen zu der Festigkeit der Regierung bestattet worden. Die alte Zeit ist vorüber, wir müssen uns mit der neuen Zeit abfinden, der Zeit der Neputen. Als neuen Orden schlage ich für unsere Regierung ein Pentagonagramm mit der Inschrift vor: Es wird fortgewürfelt! (Große Heiterkeit.)

Abg. Frhr. v. Wangenheim (L.):

In allen Armeefragen können wir der Regierung volles Vertrauen entgegenbringen. Das hat am besten am Dienstag der einfache Bauer Smalath's ausgesprochen, dessen Beispiel für die bayerischen Bauern maßgebend sein sollte. Auch meine näheren politischen Freunde sind mit vollem Herzen für die Vorlage. Nach den Erklärungen des Reichsanzlers werden wir aber für die Kommissionsbeschlüsse stimmen. Wir haben das Vertrauen zur Regierung, daß sie die Forderungen stellen wird, die im Interesse der Wehrkraft notwendig sind.

Abg. Frhr. v. Stumm (Rp.):

Es giebt heute keine Sieger und keine Besiegten. Die Lieber'sche Resolution darf nicht unterschätzt werden. Sie enthält eine bindende Verpflichtung zu den militärischen Bewilligungen, die als notwendig erkannt werden. Das Zentrum schlägt sich also nicht bloß eine Brücke für heute, sondern dieselbe Brücke wird es mit uns und mit der Regierung beschreiten müssen, wenn etwa in zwei Jahren neue Bewilligungen in Frage stehen. Redner polemisiert gegen die Expektorationen Bebel's auf dem Gebiete der hohen Politik. Bei der wachsenden Unruhe des Hauses bleiben seine Ausführungen auf der Reibbahn unverstänlich.

Abg. Dr. Vichler (B.):

Was die Resolution Lieber bedeutet, hat Herr von Stumm richtig dargestellt. Freiherr von Wangenheim hat unrecht, wenn er glaubt, daß die bayerischen Bauern deswegen der Militärvorlage nicht günstig gesonnen seien, weil die bayerische Regierung nicht genug für sie thäte. Die bayerische Regierung und der bayerische Landtag thun ihre volle Schuldigkeit für die bayerischen Bauern. (Beifall im Zentrum.)

Abg. Dr. Sattler (nass.):

bestreitet, in seinem vorgestrigen Ausführungen das Bewilligungsrecht des Reichstages irgendwie beschnitten zu haben. Er hätte nur gesagt, daß es die Sache der militärischen Sachverständigen sei, zu beurtheilen, ob eine Forderung in ihren technischen Einzelheiten notwendig sei.

Damit schließt die Generaldiskussion. Die Spezialberatung beginnt mit Artikel 1. Zunächst wird § 1 debattiert gegen die Stimmen der Sozialdemokraten, der Freisinnigen und der süddeutschen Volkspartei angenommen. Danach ist das geltende Gesetz bis zum 30. September 1899 verlängert. — § 2 ist in der zweiten Lesung gefallen.

Abg. Dr. Lieber (B.) beantragt die Wiederherstellung desselben in der Form der vorgeschlagenen Kommissionsbeschlüsse also mit dem Abbruch der 7006 Mann.

Abg. Richter (fr. Sp.) kommt auf die letzte Erwiderung des Kriegsministers zurück und weist darauf hin, daß dieser in der Kommissionsberatung auf Grund des Antrags Lieber in Aussicht gestellt hätte.

Kriegsminister v. Goltz hält seine Schilderung aufrecht. Allerdings hätte er, nachdem der Antrag des Zentrums eingelaufen sei, Berechnungen anstellen lassen und Zahlen angegeben. Bei nochmaliger Prüfung hätten sich die Zahlen seiner Kommissare aber als unrichtig herausgestellt. Er hätte annähernd nicht die Formationen aufstellen können, die bei der ersten Berechnung als möglich erschienen wären. Dem Abg. Richter scheint der Verlauf der Angelegenheit nicht sehr angenehm zu sein, ihm hätte es gewiß am besten gepaßt, wenn ich sofort den Antrag als unannehmbar bezeichnet hätte. So wird es oft gemacht, um Militärkonflikte herbei-

zuführen, dazu wollte ich nicht die Hand bieten. Ich habe Torrell und ganz meiner Instanz entsprechend erklärt, daß die Entscheidung nicht bei mir liegt.

Abg. Richter (fr. Sp.): Hier widerspricht der Herr Kriegsminister sich selber. Er hat ja zuerst erklärt, er müsse unbedingt an der Regierungsvorlage festhalten und jetzt erklärt er, er hätte den Zentrumsantrag nicht unbedingt abgelehnt. Dieser Verlauf der Sache ist mir ganz angenehm: Der Abbruch der Regierung und ihre Kapitulation vor dem Reichstage.

Kriegsminister v. Goltz: Es ist doch ein großer Unterschied, wenn ich sage, für meine Person muß ich an der Regierungsvorlage festhalten, und wenn ich mich hinstelle und erkläre, der Antrag ist unannehmbar. Mit der letzteren Form binde ich das Votum der Regierung, und wenn auf diese Weise ein Konflikt entstanden wäre, so wäre es meine Schuld gewesen. Ich würde aber eine Politik nicht, die die Einigung ausgeschlossen hätte.

Abg. Richter (mit Oho der Rechten empfangen): Es wird nach der Geschäftsordnung noch erlaubt sein, daß ein Abgeordneter einem Minister etwas erwidert. (Sehr richtig! links.) Ich sehe keinen Unterschied darin, ob man sagt, ich muß an einer Sache unbedingt festhalten, oder es ist etwas unannehmbar.

§ 2 wird hierauf in der Fassung des Zentrumsantrages (mit dem Abbruch von 7006 Mann) gegen die Stimmen der Sozialdemokraten, der freisinnigen und süddeutschen Volkspartei, der Polen, Elsässer und Bayerischen Bauernblücker angenommen.

Die §§ 3 und 4 werden sodann debattiert ebenfalls gemäß dem Antrage des Zentrums (also unter Einzurechnung der 17 Eskadrons Jäger zu Pferde zu der übrigen Kavallerie, jedoch unter Wahrung des Charakters als Jäger zu Pferde) angenommen.

Im Artikel II wird die zweijährige Dienstzeit für die Dauer des Aufrückens weiter beibehalten.

Abg. Richter beantragt, die zweijährige Dienstzeit dauernd gesetzlich festzulegen.

Der Antrag Richter wird nach einem kleinen Schermspiel zwischen dem Abg. Bachmide (fr. Sp.) und Abg. Richter (fr. Sp.) gegen die Stimmen der Sozialdemokraten, der freisinnigen und süddeutschen Volkspartei und der Polen abgelehnt. Artikel III in der Fassung der Kommissionsbeschlüsse unverändert angenommen.

Artikel III (Sonderbestimmung für Bayern und Württemberg) wird debattellos angenommen.

Damit ist das Gesetz betreffend die Friedenspräsenzstärke des deutschen Heeres in seinen Einzelheiten gemäß den Beschlüssen in zweiter Lesung bezw. den Anträgen des Zentrums angenommen.

Zunächst wird dann die Robelle zum Reichs-Militärgesetz debattellos in dritter Lesung unverändert angenommen.

Hierauf werden die Resolutionen zur Abstimmung gebracht, und zwar folgende:

I. Die verbündeten Regierungen zu ersuchen, eine Nachweisung der von der Militärverwaltung für Zwecke der Zivilverwaltung abgegebenen Wachmannschaften dem Reichstage zugehen zu lassen.

II. Die Lieber'schen Resolutionen (siehe oben).

Sämmtliche Resolutionen werden debattellos genehmigt.

Es folgt die Gesamtabstimmung, die auf Antrag des Abg. Vasser mann eine namentliche ist. Es werden 354 Stimmen abgegeben. Die Vorlage wird mit 222 Stimmen gegen 132 Stimmen angenommen. Mit Nein stimmten die Sozialdemokraten, die süddeutschen und freisinnigen Volkspartei, die Polen und Elsässer, einzelne süddeutsche Zentrums-Abgeordnete und die bayerischen Bauernblücker. Dazu kommen die Antisemiten, die das ganze Gesetz ablehnen, weil es ihnen nicht weit genug geht.

Damit ist die Tagesordnung erledigt. Nächste Sitzung Sonnabend 1 Uhr. (Reste des Etats aus zweiter Lesung; Rechnungssachen.) Schluß 6 1/2 Uhr.

lokales.

Die städtischen Kanalisationswerke

verfügt am Schluß des Betriebsjahres 1897/98 in Berlin und den einbezogenen Theilen von Charlottenburg, Schöneberg und Lichterberg über 846 807 Meter (rund 113 Meilen) Kanäle bezw. Rohrleitungen. Im Durchschnitt des Jahres 1897/98 waren 25 567 Grundstücke (24 552 in Berlin, 1005 in Nachbarorten) mit zusammen 1 744 148 Bewohnern angeschlossen. Die im Laufe des Jahres durch die Pumpstationen geförderte Abwassermenge stellte sich auf über 73 Millionen Kubikmeter (über 73 Milliarden Liter), macht durchschnittlich pro Grundstück und Tag 7,850 Kubikmeter (7850 Liter), pro Kopf und Tag 0,115 Kubikmeter (115 Liter). Der Verbrauch an Wasser aus den städtischen Wasserwerken betrug in demselben Jahre durchschnittlich pro Kopf und Tag rund 78 Liter. Die durch die Pumpstationen nach den Wasserleitern hinausgeführte Abwassermenge übertraf also die durch die Wasserwerke in die Stadt hineingeförderte Wassermenge um etwa 37 Liter pro Kopf und Tag. Das Mehr wird gebildet durch die Niederschläge, durch das aus Brunnen und Flußläufen entnommene Wasser, durch die Röhren- und Klostergänge. Die Betriebskosten der Kanalisationswerke betragen über 1 Million Mark, durchschnittlich pro Grundstück 40,75 Mk., pro Kopf 50/10 Pf. Die Kieselgüter hatten am Schluß des Betriebsjahres 1897/98 einen Flächeninhalt von 9683 Hektar. Das Wirtschaftsergebnis stellte sich auf über 2 Millionen Mark. Das Abzug der fast ebenso hohen Ausgaben blieben nur 68 774 Mk. Ueberfluß. (Großbeeren, Fallenberg, Waldow brachten zwar 129 668 Mk. Ueberfluß, aber Oddorf, Spandorf, Blankenfelde erforderten 60 894 Mk. Zuschuß.) Rechnet man die Einnahmen aus Vermietungen hinzu und die Ausgaben für allgemeine Verwaltung ab, so stellte sich der Ueberfluß sogar nur auf 55 047 Mk. Die Aufwendungen der Stadt für die gesammte Kanalisation (Werke und Güter) sind verhältnismäßig gering. Die gesammte Einnahme belief sich unter Einrechnung der Kanalisationsgebühren (etwa 4/5 Millionen Mark) auf nahezu 7 Millionen, die gesammte Ausgabe einschl. Verzinsung (rund 3 Millionen) und Schuldentilgung (rund 2 Millionen) auf etwa 8 1/2 Millionen. Es mußte daher aus dem Stadthaushalt-Etat ein Zuschuß von etwa 1 1/2 Millionen, genauer 1 381 871 Mk., geleistet werden. (Läßt man die Schuldentilgung, die ja eine reine Finanzmaßregel ist, außer Betracht, so kommt kein Zuschuß, sondern ein Ueberfluß von etwa 1/2 Million, genauer 565 651 Mk., heraus.) Daß der Betrieb der Kanalisationswerke und die Bewirtschaftung der Kieselgüter einen Geldgewinn abwerfen, ist nach Lage der Sache nicht zu erwarten. Der obige Zuschuß ist eine im öffentlichen Interesse gemachte Aufwendung für die Entwässerung des Stadtgebietes und wird reichlich aufgewogen durch den sanitären Gewinn, den die Bevölkerung davon hat. Beträgt übrigens die von den Hausbesitzern zu leistende Kanalisationsgebühren 2 pCt. des Nutzungswertes der Grundstücke (bei der Gemeindefeuer-Reform vor 4 Jahren konnten der hausbesitzerfreundlichen Mehrheit der Stadtverordneten-Versammlung statt 2 pCt. leider nur 1 1/2 pCt. abgezogen werden), so würden dadurch auch die 1 381 871 Mk., die der Etat leisten mußte, noch wohl gedeckt worden sein.

Zur Märzfeier. Bürgerliche Blätter wissen zu melden, daß auf dem Friedhofe der Würgefaltenen die Blumenpenden auf Anordnung der Parteideputation ohne ausdrückliche Genehmigung des Dezerenten, Stadtrath Wielenz, hinfort nicht angesetzt werden sollen. Diese Verfügung ist erlassen worden wegen des Bergernisses, das im vorigen Jahre durch die vorzeitige Wegnahme der Kränze der Berliner Bevölkerung bereitet worden ist.

Im Zeichen des Zuchthauskrus hat sich am Mittwoch der Arbeiterbund für das Augustenwerk in einer im Architektenhaus abgehaltenen Versammlung konstituiert. Dem Bunde sind sofort 31 bereits bestehende Verbände beigetreten. Es handelt sich nach einer Rede des Herrn J. Kellisch, der natürlich auch zum Vorsitzenden gewählt wurde, um einen „Vertheidigungsverband“ gegen die Uebergriffe und ungerechtfertigten Forderungen, welche sich die sozialdemokratischen Agitatoren anmaßen, also um eine offenbar politische Vereinigung. Der Verstoß gegen den § 8 des Vereinsgesetzes, der in der Verbindung der 31 Vereine liegt,

III. Wahlkreis.

Sonnabend, den 18. März, Abends 8 Uhr, im Apollo-Saal,
Sebastianstraße Nr. 39 (früher Brochnow):

Volks-Versammlung

Tages-Ordnung:

Bertrag des Reichstags-Abgeordneten Rechtsanwalts **Wolfgang Heine** über: „Die Märzrevolution“.
Bühnenbesetzung erwünscht

Der Vertrauensmann.

Charlottenburg.

Sonnabend, den 18. März, Abends 8 1/2 Uhr, in Bismarckshöhe,
Wilmerdorferstr. 39.

Große Volks-Versammlung.

Tages-Ordnung:

Die Bedeutung des 18. März. Referent: Gen. Th. Meßner.
Diskussion.

Die Vertrauenspersonen.

Rixdorf.

Sozialdemokrat. Verein Vorwärts zu Rixdorf.

Sonnabend, den 18. März, im Apollo-Theater,
Hermannstr. 48-50:

Gr. Soirée der Hamburger Sänger.

Nachdem: **Tanz.**

Billets à 30 Pf. Anfang 8 Uhr.

Der Vorstand.

232/2

Achtung! Reinickendorf. Achtung!

Sonnabend, den 18. März, Abends 8 Uhr, in Wittich's See-Park,
Marktstraße 1/2:

Volks-Versammlung.

Tages-Ordnung:

1. Vortrag des Genossen **Max Kiesel** über: Die Bedeutung des 18. März. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes.

Um zahlreichsten Besuch bittet

Der Vertrauensmann.

Stralau - Rummelsburg.

Sonnabend, den 18. März 1899, Abends 8 Uhr:

Volks-Versammlung

im Lokal der Ww. Schöner, „Neu-Seealand“.

Tages-Ordnung:

1. Vortrag über: „Der 18. März“. Ref.: Reichstags-Abgeordneter **Arthur Stadthagen**. 2. Diskussion. — Zur Deckung der Unkosten 10 Pf. Entree. — Um zahlreichsten Besuch bittet

Die Vertrauenspersonen.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

78/19 Zahlstelle Berlin.
Heute Freitag, Abends 8 1/2 Uhr, bei Cohn, Bentstr. 20-21:

Sitzung der Ortsverwaltung.

Achtung. Verband d. Bergolder. Achtung.

Montag, den 20. März, Abends 8 Uhr, in den „Armin-Hallen“,
Kommandantenstraße 20:

Mitglieder-Versammlung.

Tages-Ordnung:

1. Vortrag des Naturheilkundigen **Grundmann** über: „Der Mensch und seine Beschaffenheit“. Demonstration an lebensgroßer Figur!
2. Diskussion.
3. Verschiedenes.

Die Frauen der Mitglieder sind hierzu ergebenst eingeladen. Bestimmtes und pünktliches Erscheinen aller erwartet

Der Vorstand.

Mitglieder-Versammlung

der Holz- u. Bretterträger

Berlin und Umgegend.

Sonntag, den 19. März, Vormittags 10 1/2 Uhr, bei Herrn **Wald**,
Schulzeinstr. 6.

Tages-Ordnung: 1. Antrag der Kollegen Charlottenburgs. 2. Aufnahme neuer Mitglieder. 3. Gewerkschaftliches.

Es ist Pflicht eines jeden Kollegen zu erscheinen.

Der Vorstand: P. Karnal.

Achtung! Maurer. Achtung!

Sonntag, den 19. März, Vormittags 10 Uhr:

Ordentl. Mitglieder-Versammlung

des Vereins zur Wahrung der Interessen der Maurer Berlins
und Umgegend im „Englischen Garten“, Alexanderstr. 27c.

Tages-Ordnung:

1. Vortrag über: „Verfassungskämpfe und Demagogenerfolgung in Deutschland“. Referent: Genosse **Zassenbach**. 2. Diskussion. 3. Antrag Pflüger zu § 4 des Statuts. 4. Vereinsangelegenheiten.

Um pünktliches Erscheinen ersucht

Der Vorstand.

Achtung! Schrauben- u. Facondreher!

Montag, den 20. März 1899, Abends 7 Uhr, im Lokale „Urania“,
Wrangelestr. 9-10:

Gr. öffentliche Versammlung

aller in der

Schraubenfabrikation beschäftigten Arbeiter u. Arbeiterinnen.

Tages-Ordnung:

1. Die Ergebnisse der angeführten Ermittlungen über die Lohn- und Arbeitsverhältnisse in den Schraubenfabriken. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes. Zu dieser Versammlung sind die Kollegen folgender Firmen: **Angermann & Schulz, Barthels, Reichelt, Reiche, Rosenbaum, Wolf, Sudaicis, Schaal & Kuhl**, sowie alle in der Branche beschäftigten Arbeiterinnen besonders eingeladen. — In dieser Versammlung werden die Bestanden des öffentlichen Fonds veröffentlicht. Kollegen! Agitiert für regen Besuch der Versammlung.

Der Vertrauensmann.
Paul Krause, Ralibor-Strasse Nr. 16.

L. Keller's Fest-Säle, Koppen-Strasse 29.

Sonntag, den 19. März 1899:

Fest-Commers

zu Ehren der anwesenden

Delegierten zum deutschen Bauarbeiterschutzz-Kongress.

Grosses Vokal- u. Instrumental-Konzert

unter Mitwirkung des **Neuen Berl. Konzert-Orchester**, Dirigent Hr. R. Tietz, der Gesangsvereine **Frühlingslust**, **Gemüthlichkeit**, **Freie Sänger II.** und **Froh Hoffnung** (M. d. A.-S.B.), Dirigent Hr. Schulz, sowie der Gesellschaft **Strzelewicz** und der **Freien Turner Berlins**.

Anfang 8 Uhr.

Zu zahlreichem Besuch ladet ergebenst ein

Billet 30 Pf. (incl. Tanz).

Das Lokal-Komitee.

Verein der Zimmerer Berlins u. Umgebung.

Sonntag, den 19. März 1899, Vormittags 10 Uhr, bei **Cohn**,
Bentstr. 20:

Mitglieder-Versammlung.

Tages-Ordnung:

1. Vereinsangelegenheiten. 2. Vortrag des Kameraden **Jonny Hinrichson** über: Die Arbeiterverhältnisse in der Schweiz. 3. Diskussion. 4. Verschiedenes. — Die Versammlung wird pünktlich eröffnet.

Zahlreichstes Erscheinen der Mitglieder erwünscht

Der Vorstand.

Bau-, Erd- u. gewerbl. Hilfsarbeiter Deutschl.

(Zahlstelle Berlin V.) Gruppe Rabitzspanner und Berufsgenossen.

Sonntag, den 19. März, Vormittags 10 1/2 Uhr, bei **Zubell**,
Lindenstr. 106:

Mitglieder-Versammlung.

Tages-Ordnung: 1. Bericht des Delegierten vom Verbandstag. 2. Gewerkschaftliches. 3. Verschiedenes.

Neue Mitglieder werden aufgenommen.

Der Vorstand.

Tischler-Verein.

Sonnabend, den 18. März, Abends 8 1/2 Uhr, Melchiorstraße 15:

Versammlung.

Tages-Ordnung:

Vortrag des Herrn **Dr. P. Bernstein**. Abrechnung der „Urania“. Vorstellung und Vereinsangelegenheiten. Damen haben Zutritt.

Billets zum ersten Osterfesttag sind in der Versammlung zu haben.

Der Vorstand.

Verband aller in Buchdruckereien u. verw. Berufen beschäftigten Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands.

Ortsverwaltung Berlin. — Zahlstelle I (Hilfsarbeiterinnen).

Sonnabend, den 18. März 1899:

Neuntes Stiftungsfest

im großen Saal der Arminhallen, Kommandantenstraße 20.

Konzert u. Grosser Ball.

Um 1 Uhr: Kaffeepause. — Während derselben: Humoristische Vorträge.

Anfang 8 1/2 Uhr. Entree 30 Pf.

Personen, die am Tanz teilnehmen, zahlen 50 Pf.

Billets sind im Arbeitsnachweis, Jüdenstraße 35/36 zu haben.

Charlottenburg.

Sonntag, den 19. März, in Bismarckshöhe,
Wilmerdorferstr. 39:

Zum Besten der Krefelder Streikenden: Konzert, Theater u. Tanz.

Arrangiert vom Theaterverein Gaußlerbunde.

Anfang 4 Uhr. Entree 30 Pf.

Personen, die am Tanz teilnehmen, zahlen 50 Pf. nach.

Der Vorstand.

Der Traum eines Glücklichen

Das Bild zeigt eine Weinflasche in der Mitte, umgeben von einem kunstvollen Rahmen. Rechts daneben ist ein Mann im Profil dargestellt, der glücklich zu sein scheint. Die Textur des Rahmens ist wie ein Traumlandschaft gezeichnet.

„Jägerhaus“ Schönhäuser Allee 103. Täglich: Großes Volksfest. Entree frei!

Charlottenburg! Grosses Lager! 1109L

Reparaturen gut und billig.

Uhrmacher **F. Kunstmann**, Wallstrasse 1.

Todes-Anzeige.

Allen Genossen, Freunden und Bekannten die traurige Nachricht, daß meine Frau **Minna**, geb. **Bresmann**, am 15. März, Vorm. 6 Uhr verschieden ist. Die Beerdigung findet am Sonntag, den 18. März, um 2 1/2 Uhr Nachm. von der Anstalt **Dahlberg** aus statt.

Berlin, 16. März 1899.

Louis Weber, Schuhmachergesell.,
Hilfenstr. 55. 20029

Orts-Frankenkasse der Drechsler

und verwandter Gewerbe.
Am Sonntag, den 28. März 1899,
Vormittags 10 Uhr,
in den „Arminhallen“, Kommandantenstr. 20:

Ordentliche General-Versammlung.

Tages-Ordnung:

1. Jahresbericht. 2. Bericht und Wahl der Besatzungs-Kommission. 3. Verschiedenes.

Berlin, 17. März 1899.

Der Vorstand.
J. K.: **G. Liebenow**, Vorsitzender.

für Güte ausgegeben, man erhält auch zu billigen Preisen gute Sachen, wenn man die richtige Bezugsquelle kennt.

Knabenfilzhüte v. 0,75 bis 1,25

Herrenfilzhüte „1,25

Cylinderhüte „4,-

Haarfilzhüte „4,50

Einsegnungshüte v. 1 Pf. an

Chapeaux claque v. 2,-

„ 9,- u. 10,-

im Einzelverkauf bei **Arnold & Eggert**,
Gut-Engros-Lager
Waldemarstr. 44, pr. recht
Kein Laden.

Cigarren-Geschäft

gangbares, in Industrie- u. Verkehrs-
lokal, sucht zu kaufen zum 1. Mai
oder 1. Juni d. J.

Ad. Schröder,

Cigarrenfabrikant, Kyritz-Prignitz.



Zur Einsegnung!

Wenn Sie gut und billig

Goldwaaren und Uhren

kaufen wollen, so beachten Sie unsere permanente

Musterausstellung

mit Original-Preisnotierung

(da jedes Stück deutlich sichtbar in Zahlen ausgemessen) vor dem Hause

Königstr. 22.

Goldwaaren-Industrie

Reelle 3-jährige schriftliche Garantie für guten Gang.

Dam-Rem., Gold, kräftiges Gehäuse, reich emailliert, sehr empfehlenswert, M. 40,-.

Dieselbe einfacher M. 25,-.

Herren-Rem. Andere, sehr gutes Werk M. 18,-.

Herren-Remont. Repetir-Uhr, 14kar. Gold m. 1/2 u. 1/3 Schlag, Sprungdeckel M. 180,-.

Trauringe, 2 Duk., 21 M.

Gold-Ringe, gesetzlich gestempelt von 2 M. an.

Gold-Broches v. 6 M. an.

Komplette Garnituren (Armband, Broche und Ohrringe) von 7 M., 10 M., 15 M. bis 100 M.

Spezialität in Opal- und Türkis-Schmuck.

!! Höchste Leistung !!

Ring m. echt Brillanten, 14kar. mass. Goldfassung M. 10,-.

do. Ohrringe v. M. 30 an.

Pferdebahngeld wird, da wir die Unkosten für die Unterhaltung offener Ladengeschäfte ersparen, jedem Käufer vergütet. Jeder von uns hergestellte Gegenstand trägt unseren Fabrikstempel B. & C. und einen Kopf.

Kein Risiko, da Umtausch gestattet.

Kataloge gratis und franko.

Zur gefl. Beachtung! Um Verwechslungen zu vermeiden, bemerken wir, dass wir keine Ladengeschäfte an der Strassenfront unterhalten, sondern der Einzelverkauf zu festen Preisen nur im Hof par. stattfindet. Lagerbesuch höchst lohnend, kein Kaufzwang, jedes Stück wird bereitwillig gezeigt. Überzeugen Sie sich daher, bevor Sie Ihren Einkauf besorgen, von der Realität und Billigkeit, denn wir suchen nicht durch scheinbar billige Preise zu blenden, da in den meisten Fällen der Preis ohne Prüfung des Fabrikates keinen Maassstab für den Werth desselben abgeben kann.

Pferdebahngeld wird, da wir die Unkosten für die Unterhaltung offener Ladengeschäfte ersparen, jedem Käufer vergütet. Jeder von uns hergestellte Gegenstand trägt unseren Fabrikstempel B. & C. und einen Kopf.

Kein Risiko, da Umtausch gestattet.

Kataloge gratis und franko.

Zur gefl. Beachtung! Um Verwechslungen zu vermeiden, bemerken wir, dass wir keine Ladengeschäfte an der Strassenfront unterhalten, sondern der Einzelverkauf zu festen Preisen nur im Hof par. stattfindet. Lagerbesuch höchst lohnend, kein Kaufzwang, jedes Stück wird bereitwillig gezeigt. Überzeugen Sie sich daher, bevor Sie Ihren Einkauf besorgen, von der Realität und Billigkeit, denn wir suchen nicht durch scheinbar billige Preise zu blenden, da in den meisten Fällen der Preis ohne Prüfung des Fabrikates keinen Maassstab für den Werth desselben abgeben kann.

Pferdebahngeld wird, da wir die Unkosten für die Unterhaltung offener Ladengeschäfte ersparen, jedem Käufer vergütet. Jeder von uns hergestellte Gegenstand trägt unseren Fabrikstempel B. & C. und einen Kopf.

Kein Risiko, da Umtausch gestattet.

Kataloge gratis und franko.

Zur gefl. Beachtung! Um Verwechslungen zu vermeiden, bemerken wir, dass wir keine Ladengeschäfte an der Strassenfront unterhalten, sondern der Einzelverkauf zu festen Preisen nur im Hof par. stattfindet. Lagerbesuch höchst lohnend, kein Kaufzwang, jedes Stück wird bereitwillig gezeigt. Überzeugen Sie sich daher, bevor Sie Ihren Einkauf besorgen, von der Realität und Billigkeit, denn wir suchen nicht durch scheinbar billige Preise zu blenden, da in den meisten Fällen der Preis ohne Prüfung des Fabrikates keinen Maassstab für den Werth desselben abgeben kann.

Pferdebahngeld wird, da wir die Unkosten für die Unterhaltung offener Ladengeschäfte ersparen, jedem Käufer vergütet. Jeder von uns hergestellte Gegenstand trägt unseren Fabrikstempel B. & C. und einen Kopf.

Kein Risiko, da Umtausch gestattet.

Kataloge gratis und franko.

Zur gefl. Beachtung! Um Verwechslungen zu vermeiden, bemerken wir, dass wir keine Ladengeschäfte an der Strassenfront unterhalten, sondern der Einzelverkauf zu festen Preisen nur im Hof par. stattfindet. Lagerbesuch höchst lohnend, kein Kaufzwang, jedes Stück wird bereitwillig gezeigt. Überzeugen Sie sich daher, bevor Sie Ihren Einkauf besorgen, von der Realität und Billigkeit, denn wir suchen nicht durch scheinbar billige Preise zu blenden, da in den meisten Fällen der Preis ohne Prüfung des Fabrikates keinen Maassstab für den Werth desselben abgeben kann.

Pferdebahngeld wird, da wir die Unkosten für die Unterhaltung offener Ladengeschäfte ersparen, jedem Käufer vergütet. Jeder von uns hergestellte Gegenstand trägt unseren Fabrikstempel B. & C. und einen Kopf.

Kein Risiko, da Umtausch gestattet.

Kataloge gratis und franko.

Zur gefl. Beachtung! Um Verwechslungen zu vermeiden, bemerken wir, dass wir keine Ladengeschäfte an der Strassenfront unterhalten, sondern der Einzelverkauf zu festen Preisen nur im Hof par. stattfindet. Lagerbesuch höchst lohnend, kein Kaufzwang, jedes Stück wird bereitwillig gezeigt. Überzeugen Sie sich daher, bevor Sie Ihren Einkauf besorgen, von der Realität und Billigkeit, denn wir suchen nicht durch scheinbar billige Preise zu blenden, da in den meisten Fällen der Preis ohne Prüfung des Fabrikates keinen Maassstab für den Werth desselben abgeben kann.

Pferdebahngeld wird, da wir die Unkosten für die Unterhaltung offener Ladengeschäfte ersparen, jedem Käufer vergütet. Jeder von uns hergestellte Gegenstand trägt unseren Fabrikstempel B. & C. und einen Kopf.

Kein Risiko, da Umtausch gestattet.

Kataloge gratis und franko.

Zur gefl. Beachtung! Um Verwechslungen zu vermeiden, bemerken wir, dass wir keine Ladengeschäfte an der Strassenfront unterhalten, sondern der Einzelverkauf zu festen Preisen nur im Hof par. stattfindet. Lagerbesuch höchst lohnend, kein Kaufzwang, jedes Stück wird bereitwillig gezeigt. Überzeugen Sie sich daher, bevor Sie Ihren Einkauf besorgen, von der Realität und Billigkeit, denn wir suchen nicht durch scheinbar billige Preise zu blenden, da in den meisten Fällen der Preis ohne Prüfung des Fabrikates keinen Maassstab für den Werth desselben abgeben kann.

Pferdebahngeld wird, da wir die Unkosten für die Unterhaltung offener Ladengeschäfte ersparen, jedem Käufer vergütet. Jeder von uns hergestellte Gegenstand trägt unseren Fabrikstempel B. & C. und einen Kopf.

Kein Risiko, da Umtausch gestattet.

Kataloge gratis und franko.

Zur gefl. Beachtung! Um Verwechslungen zu vermeiden, bemerken wir, dass wir keine Ladengeschäfte an der Strassenfront unterhalten, sondern der Einzelverkauf zu festen Preisen nur im Hof par. stattfindet. Lagerbesuch höchst lohnend, kein Kaufzwang, jedes Stück wird bereitwillig gezeigt. Überzeugen Sie sich daher, bevor Sie Ihren Einkauf besorgen, von der Realität und Billigkeit, denn wir suchen nicht durch scheinbar billige Preise zu blenden, da in den meisten Fällen der Preis ohne Prüfung des Fabrikates keinen Maassstab für den Werth desselben abgeben kann.

Pferdebahngeld wird, da wir die Unkosten für die Unterhaltung offener Ladengeschäfte ersparen, jedem Käufer vergütet. Jeder von uns hergestellte Gegenstand trägt unseren Fabrikstempel B. & C. und einen Kopf.

Herrn- u. Damen-Ketten in Gold, Silber, Spezialität lange moderne Damen-Ketten.

18kar. Charakter und Gold-Plated.

Spezialität lange moderne Damen-Ketten.

Bernstein's Streitschrift.

II.

Liberalismus und Sozialismus.

Bernstein's Kritik der Marx-Engels'schen Zusammenbruchstheorie bedeutet den Versuch, den bisherigen Beweis der ökonomischen Notwendigkeit des Sozialismus zu widerlegen...

Der auf dem Standpunkte der materialistischen Geschichtsauffassung steht, wird dem freilich nicht zustimmen können; aber Bernstein, der sich wohl zu ihr bekennt, giebt ihr eine Deutung, in der sie jede Bestimmtheit verliert...

Aber wenn er dessen materialistische Begründung ablehnt, so muß er ihm doch eine andere geben. Nach dieser suchen wir jedoch vergebens in dem ganzen Buche...

Die Argumente, die Bernstein gegen die materialistische Begründung des Sozialismus ins Feld führt, sind nichts Neues, wie er selbst auch zugiebt. Aber wer diese Argumente für schlagend hielt, der schloß daraus bisher auf die Ueberflüssigkeit oder Unmöglichkeit des Sozialismus...

Hier und da finden wir allerdings einige Andeutungen einer Begründung, aber wie erfahren nicht näher, was wir daraus machen sollen. Die Ansichten des Sozialismus, sagte er einmal, hängen ab von dem Wachstum des gesellschaftlichen Reichtums...

Früher bemerkte Bernstein an einer anderen Stelle, daß das Allgemeininteresse in wachsendem Maße an Macht gegenüber dem Privatinteresse gewinnt; soll das die Kraft sein, die zum Sozialismus führt?

hoffungslosen Kampf gegen die täglich stärker werdenden Schaaren der Besitzenden aufzugeben und zu trachten, deren Wohlwollen zu erlangen, ja schließlich selbst Besitzende zu werden?

Wenn Bernstein keine anderen Gründe für seinen Sozialismus hat, dann steht dieser auf recht schwachen Füßen.

Ober ist das, was Bernstein unter Sozialismus versteht, etwas Anderes, als die in der Sozialdemokratie übliche Vorstellung? Es ist bemerkenswert, daß er sich bemüht, die Grenzen zwischen Sozialismus und Liberalismus zu verwischen. Er empfiehlt, in Kriegserklärungen gegen den Liberalismus etwas Maß zu halten...

Das Individuum soll frei sein. Der möchte dem widersprechen? Aber man möchte doch auch gerne wissen, warum das sein soll? Woher dieser kategorische Imperativ?

Das Wesen der Freiheit, wie sie der Liberalismus meint, tritt klar zu Tage, wenn wir uns aus dem luftigen Gebiete des Sollens und der Abstraktionen auf die Erde niederlassen und nach den ökonomischen Verhältnissen forschen, deren theoretischer Ausdruck der Liberalismus ist...

In dem Worte „Bewegung“ ist jedes bewußte Streben nach einer höheren Ordnung, jedes Kämpfen gegen die bestehende Ordnung ausgeföhrt. Bernstein nimmt an, daß die Vermehrung des Reichtums, der soziale Fortschritt, die steigende Reife der Arbeiter zum Sozialismus führen...

einem höheren Ordnung, jedes Kämpfen gegen die bestehende Ordnung ausgeföhrt. Bernstein nimmt an, daß die Vermehrung des Reichtums, der soziale Fortschritt, die steigende Reife der Arbeiter zum Sozialismus führen...

Aber hat nicht der bürgerliche Radikalismus fast alles das schon seit Anfang dieses Jahrhunderts verlangt? Selbst die Fabrik-Gesetzgebung ist in England im Wesentlichen noch immer von den alten liberalen Grundfragen beherrscht...

Und was heißt „genossenschaftliche Gesellschaftsordnung“? In der kapitalistischen Gesellschaft ist heute schon die Tendenz nach Genossenschaftlichkeit allenthalben zu finden: Die Konsumvereine, Einkaufs- und Verkaufsgenossenschaften...

Das war der Standpunkt der Sozialdemokratie seit jeher, und ich denke, daß sie jetzt, wo der Liberalismus nicht bloß die liberalen Parteien, sondern auch der theoretische Liberalismus — moralisch wie politisch bankrott ist, am allerwenigsten Ursache hat, den Gegensatz zwischen ihm und ihr zu verwischen...

Der Gegensatz zwischen Liberalismus und Sozialismus ist aber nur der Reflex des Gegensatzes zwischen Bourgeoisie und Proletariat. Will Bernstein auch den Klassenkampf zwischen diesen beiden abschwächen?

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.

Freitag, den 17. März. Opernhaus. Der Barbier von Sevilla. Bergheimnisch. Anf. 7 1/2 Uhr. Schauspielhaus. Auf der Sonnenseite. Anfang 7 1/2 Uhr. Deutsches. Rahmann Henschel. Anfang 7 1/2 Uhr. Festung. Rara. Anfang 7 1/2 Uhr. Berliner. Solo's Vater. Anfang 7 1/2 Uhr. Meibenz. Der Schlafwagen. Kontrakt. Vorher: Zum Einsiedler. Anfang 7 1/2 Uhr. Neues. Die Blüth. Anf. 7 1/2 Uhr. Metropol. Der wilde Meier. Hierauf: Die Engelsjäger. Anfang 7 1/2 Uhr. Schiller. Verbotene Früchte. Vorher: Die Neuerwählten. Anfang 8 Uhr. Weiten. Der Barbier von Sevilla. Anfang 7 1/2 Uhr. Central. Die Puppe. Anf. 7 1/2 Uhr. Thalia. Schildebold's Engel. Anfang 7 1/2 Uhr. Luifen. Das demooste Haupt, oder: Der lange Strahl. Anfang 8 Uhr. Belle. Alliance. Der Goldbauer. Anfang 8 Uhr. Abend. Der Brandstifter. Anfang 8 Uhr. Friedrich. Wilhelmshäufliches. Rahmann Henschel. Anfang 8 Uhr. Alexanderplatz. Studenten-Trudchen. Anfang 8 Uhr. Wiener Volks. Theater. Unschuldig. Anfang 7 Uhr. Apollo. Spezialitäten-Vorstellung. Anfang 7 1/2 Uhr. Urania. Landenskrone 48-40. Naturkundliche Ausstellung. Täglich geöffnet von 10 Uhr Vormittags ab. Eintritt 50 Pf. Abends 8 Uhr: Das Land der Fjorde. Operntelephon. Juvaldenstraße 57/62. Täglich Abends von 6-10 Uhr: Sternwarte. Reichshallen. Stettiner Sänger. Anfang 7 Uhr. Feen-Palast. Spezialitäten-Vorstellung. Anfang 7 1/2 Uhr. Passage-Panoptikum. Spezialitäten-Vorstellung.

Schiller-Theater.

(Wallner-Theater). Freitag 8 Uhr: Verbotene Früchte. Lustspiel in 3 Aufzügen nach dem Spanischen des Cervantes von Emil Witt. Vorher: Die Neuerwählten. Schauspiel in 2 Aufzügen von H. Björson. Sonnabend 8 Uhr: Der Dornenweg. Sonntag Nachm. 3 Uhr: Der Traum ein Leben. Abends 8 Uhr: Der Millionenbauer. Voranzeige: Montag Abends 8 Uhr, zum ersten Male: Don Juan und Faust. Tragedie in 4 Akten von G. D. Grabbe.

Central-Theater.

Direktion: José Ferenczy. Die Puppe (La Poupée). Operette in 3 Akten und einem Vorspiel von Sturges und Ordmonna. Musik von Ed. Audran. Morgen und folgende Tage: Die Puppe (La Poupée). Sonntag Nachm. zu halben Preisen: Ranon, die Wirtin vom goldenen Lamm.

Abend-Carl-Weiß-Theater.

Gr. Frankfurterstraße 132. Zum 10. Male: Der Brandstifter. Sensationelles Lustspiel mit Gesang in 5 Akten von G. Ostrowsky. Musik von V. Hoff. Anfang 8 Uhr. Vorzugsbilletts haben Gültigkeit. Im Tunnel von 7 Uhr an Frei-Konzert. Sonnabend und folgende Tage: Der Brandstifter. Sonntag Nachmittags: Die Weisse aus Loosd. In Vorbereitung: Die Bulgaria. Gr. Ausstattungsbild von ...

Circus Busch.

Freitag, den 17. März 1899: Humorige Vorstellung. Zum 122. Male: PERSIEN. Amateur-Konkurrenz-Heiten Humbert Kloss. Contro-danso zu Verbe. Wiger-Klowi Danleis als amerikanischer Schnellphotograph. Klowi Bogdanowski. Sonnabend, den 18. März 1899, Abends 7 1/2 Uhr: Persien. Auf allgemeiner Wunsch Sonntag, den 19. März, Nachmittags 4 Uhr: Persien.

Urania.

Taubenstraße 48/49. Im Theater: Das Land der Fjorde. Im Hörsaal: Dr. P. Schwahn: „Gletscher und Eiszeit.“ (Erdgeschichte 5.) Invalidenstr. 57/62. Tägl. Sternwarte. Nachmittags täglich 5-10 Uhr.

Passage-Panoptikum.

9 Uhr früh bis 10 Uhr Abends. Die Kreuzfahrer. Großes Ballet von 500 künstlerischen Menschen. Mittw., Sonnab., Sonntag 4 Uhr: Kinder-Vorstellung.

Castan's Panoptikum.

Ital. Sänger- u. Tänzer-Gesellsch. „Santa Lucia“. Die berühmten „lebenden Bilder“. Neu! Dreyfus-Esterhazy.

Alcazar-Theater.

Dresdenstr. 52/53. City-Passage. Direktion: Richard Winkler. Neu! Täglich mit großem Erfolg! Tobias' Brautfahrt! Posse mit Gesang von Oscar Viktor Koeder.

Neu! Neu! Neu! Das jeden Abend stürmisch bejubelte Gesangsduett Ada und Ottfried Relay. Neu! Neu! Neu! Hahnemann & Kahnemann. Ueberröhriger Schwanz v. G. Braune. Dazu der ausgezeichnete Spezialitäten-Theil mit täglich wechselnd. Programm. Anfang: Sonntag 6 1/2 Uhr. Entree an Sonn- und Wochentagen nur 30 Pf. Vorzugsbilletts haben Gültigkeit.

Thalia-Theater.

Dresdenstr. 72/73. Gastspiel Emil Thomas zum letzten Male: Schildebold's Engel. Posse mit Gesang in 4 Akten von W. Rannschdt. Musik von demselben. Komplettes Alfred-Bender. Morgen: Benefiz für Emil Thomas: Der Registrator auf Reisen. Posse mit Gesang in 7 Bildern von H. Färringe und G. v. Ralce.

Metropol-Theater.

Behrenstr. 55/57. Dir. Rich. Schultz. Der wilde Meier. Berliner Soudeville in 3 Akten von Leon Leipsziger. Musik von Franz Wagner. Klara Wenk und Reinhold Wellhof als Gäste. Hieran: Zum 10. Male: Die Engelsjäger. Ballet in 14 Bildern von O. Regel und J. Bayer. Morgen und folgende Tage: Dieselbe Vorstellung.

Gebrüder Richter-Theater.

37 Lothlenger-Strasse 37. Novität! Novität! Vater und Sohn. Volksstück mit Gesang in 4 Akten von Wilhelm Richter. Heinrich Wuffig. W. Richter. Vorher: Wie denken Sie darüber? Posse in 1 Akt von Carl Bed. Anf.: Wochent. 8 Uhr, Sonnt. 7 1/2 Uhr.

Wiener Volks-Theater.

Dranienstraße 52 (Moritzplatz). Heute 2 Vorstellungen. Abends 8 1/2 Uhr: „Unschuldig“ Volksstück in 4 Bildern von Leopold Heledr. Weh. Von 7 Uhr an: Humorige und ernste Gesangs-vorträge. Nachmittags 3 Uhr: „Unschuldig“ zu halben Preisen.

Concerthaus.

Leipsigerstr. No. 48. Täglich: Hoffmann's Quartett-Humoristen Theaterskandal dazu: Der Jubilar. In Vorbereitung: Italiano Berolira.

Reichshallen.

Täglich: Stettiner Sänger (Musik). Pietro, Britton, Ziehl, Krone, Röhl, Schneider und Schrader. Heute: Neues Elite-Programm. Sonnabend: Zum letzten Male: Frauen-Emanzipation. Tagesklasse von 11-1 Uhr.

Apollo-Theater.

Das beste Programm der Saison Walno & Mertens Curtis & Gordon Scheherazade The 5 Julians 3 Yoscarys Segommer Fredgy Sidley Barma Sato etc. Vorverkauf täglich im Theater u. beim „Künstlerdank“, Unter den Linden 69. Anfang 7 1/2 Uhr.

Circus Renz-Riesen-Tunnel.

Direktion: J. M. Hätt. Täglich: Großes Konzert der Kapelle unter Leitung des Musikdirektors Herrn Otto Gärner und Spezialitäten-Vorstellung unter Regie des Humoristen Gustav Kluck. Anfang Wochentags 7 Uhr, Sonntags 5 Uhr. Jeden Sonnabend nach der Vorstellung: Tanzkränzchen.

Feen-Palast-Theater.

Burgstr. 22. Burgstr. 22. Kolossaler Lacherspaß über die Glangspöche Berliner Waisermädel. Fiedolin Pfeife: Dir. Wulfer. Großer Jubel. Stürm. Beifall. Vergissmeinnicht, Quarzett. — Pflanzlarolla. — Nanon. — Alfredo Truppe. Helma Kibbe. Ernst Sprecher. Gust. Schmidt. Ada und Victor. Helma Voss. Lebende Photographien. Anf. 7 1/2 Uhr. Sonnt. 6 Uhr. Billet-Born. Born. v. 11-1 Uhr. Donnerstag, den 23. März: Benefiz für die beliebte Soubrette Helene Voss.

W. Noack's Theater.

Brunnenstr. 16. Jeden Sonntag, Dienstag und Donnerstag: Theater-Vorstellung. Der liebe Onkel. Schwanz in 4 Akten von Rudolf Kneisel. Nach der Vorstellung: Tanzkränzchen.

Mähr's Theater.

Oranien-Strasse 24. Täglich: Die Jagd nach dem Glücke. Lustspiel in 4 Akten v. F. A. Sauer. Spezialitäten. Bonds haben Gültigkeit. Sonntags Anfang 8 Uhr.

Louisenstädt. Klubhaus.

16. Annenstr. 16. empfiehlt keine Gäle u. Vereinzimmer zu Festlichkeiten u. Besammlungen. Frei: Palmsonntag, 1. u. 3. Osterfeiertag. Nach Ostern alle Tage frei mit Ausnahme Montag, Donnerstag und Freitag, wo die Arb.-Bildungsschule d. Soli benutzt.

Ausnahme-Preis!

Prima Fetter Speck bei 5 Pfd. à Pfd. 45 Pf. E. Klähn, Köpenicker, Straße 163. Telefon-Nr. IV 5151.

Dr. Simmel.

Moritzplatz, Haus v. Aschengr. 2 Treppen rechts. Spezialarzt f. Haut- u. Hautleiden. 10-2, 5-7. Sonntags 10-12, 2-4.

Brand-Ausverkauf!

Warenhaus S. Hirschweh

21. Landsbergerstrasse 21, am Büsching-Platz.

Die bei dem grossen Brande am 7. d. M. durch Feuer, Wasser und Rauch beschädigten Waren, bestehend aus **Kleiderstoffen, Wäsche, Leinenwaren, Gardinen, Teppichen, Portièren, Tischdecken, Tricotagen etc.** kommen von **morgen, Sonnabend, 18. März, Morgens 8 Uhr,** zu enorm billigen Preisen zum

Ausverkauf!

Täglich geöffnet von Vormittags 8 bis 1 Uhr, Nachmittags 3 bis 8 Uhr.
S. Hirschweh.

Seefische Volksnahrung.

Ger. See-Aal Pfd. 70 Pf.

Riesige Fänge unserer Dampfer ermöglichen uns

Cabliau per Pfd. 18-20 Pf., im Ausschnitt 25 Pf., **Schellfische** per Pfd. 20-30 Pf.

während dieser Woche in unseren hiesigen Verkaufsstellen abzugeben.

Alle anderen Fischarten - auch Steinbutt, Seezungen, Tarbutt, Scholle, Seehecht, Seelachs, See-Aal, Knurrhahn etc. - ebenfalls billig.

Deutsche Dampf-Fischerei-Gesellschaft „Nordsee“.

Haupt-Filiale: Berlin C, 22, Bahnhof Börse, Bogen 9-10.	No. III. Berlin NW., Lüneburger Strasse, Ecke Paulstrasse, Stadtbahnbogen 389 (Zentrallager).	No. V. Berlin N. (Wedding), Reinickendorferstr. 1, Eingang Schulzendorfer Strasse.
No. II. Charlottenburg, Wilmsdorferstrasse 10-11, am Wilhelmplatz.	No. IV. Im Schlesischen Bahnhof, Madaistr. 22.	No. VI. Prinzenstr. 30, zwischen Moritzplatz und Ritterstrasse.

Bevollm. General-Vertreter für Berlin: Johannes Skorzzyk.

Deutsche Schuh-Fabrik

vorm. G. Markus & Co., Ges. m. beschr. H.

Erfurt-Iversgehofen



Renommirtes Fabrikat. Beste Zuthaten.

Joseph Peter, Uhren-Handlung Alte Fahrräder
Strang reelle Bedienung. 81. Petersburgerstrasse 81. werden für 20 R. zu 90 R. Mobell umgebaut. A. Zimmer, Albrechtstr. 70



Arbeiter von Moabit!

Am Sonnabend, den 18. d. Mts., Nachmittags 4 1/4 Uhr, eröffnen wir

Wilsnackerstr. 10

eine weitere Verkaufsstelle unserer hier allgemein beliebten und berühmten Fabrikate.

Enorme Auswahl! Billigste Preise!

sind die Parole.

Wer also billig und gut kaufen will, findet dort die beste Gelegenheit.

Deutsch-Amerikanische Schuhfabrik

(G. m. b. H.)

Berlin, Hamburg, Altona, Barmbeck, Stettin, Danzig, Magdeburg, Spandau, Halle a. S., Mülheim a. Rhein, Mülhausen i. E.

Sophastoffe

aus der Reihe in Nips, Damast, Crèpe, Plüsch, Webelin und Blauschwarz. 16122

Probieren franko! in allen Qualitäten zu Fabripreisen.

Emil Lefèvre, Berlin N., Craniestr. Nr. 158.

Fahräder

gebrauchte, sehr billig, neue Halberner verändertes Modell u. 110 bis 140 R. Umwandelbar in alte Modelle, für Hand- und Kettenschwinge auf Fahrräder zahlr. gute Preise.

H. Domms, Fahrradvermittler, Wilhelmshavenstr. 14. Amt II 1809.

Für 3 Mark

Welle, sehr stark, zu Anodenanlagen, Bleie zu Gerrenanlagen, schöne Wähler 7-10 R. Für 12 R. H. Gestalt auch Kammerwelle, Waletot und Dolenzeife, so lange der Vorrath reicht

im Riesenstofflager 14. Craniestr. 14, 1 Et., kein Laden. [228L]

Uhren u. Goldwaaren

neueste Muster, billigste Preise.

Goldene Damen-Uhren v. 10, 20, 25 R. etc. Silberne, Nickel, Stahl-Uhren 9, 12, 15 R. Regulator D. 14, 20 R. etc.

G. Wagner
Skantzstr. 126, nahe Köthb. Thor. Reparaturen gut u. schnell.

Möbel

und Wohnungs-Einrichtungen zu Fabrik-Preisen. (11162)

Bukow, Invalidenstr. 13.
Lager: Parterie u. I. Etage.

Wir empfehlen:

- Herren-Zugstiefel, gewalt. Spezialität... 7 R. ohne Naht, Ziegell 8,50 R.
- " " Befest. u. Knopfverzierungen 3,00, 4,50, 5,50, 6,50, 7,50 bis 15 R.
- " Agrarstiefel, Befest. 6,50, 7,50, 8,50 bis 18 R.
- " Schnür-, Zug-, Haus-, Kellnerschuhe in den verschiedensten Dessins und Breitenlagen.
- Arbeitsschuhe, rech. solid, träftig, 4,50 bis 6,50 R.
- Schaffstiefel, Reitstiefel.
- Damen-Zugstiefel 2,00, 3,50, 4,50, 5,50 bis 14 R.
- " Knopf- u. Schnürstiefel, elegant, mit Befest. u. Spitze, von 3,50 R. an.
- " Schnürschuhe von 3,50 R. an.
- " Hausschuhe von 3,00 R. an.
- Knaben-, Mädchen- u. Kinder-Stiefel u. Schuhe, äusserst solid gearbeitet, zu anerkannt sehr billigen Preisen.

Ballschuhe in den geschmackvollen Mustern von 2,50 R. an. Grösste Auswahl in Gummi-, Turn-, Reise- u. Filzschuhen, sowie Pantoffeln in allen Breitenlagen.

Die Verkaufspreise werden von der Fabrik aus auf die Sohlen aufgestempelt, daher jede Ueberschneidung ausgeschlossen. [6400]

Verkaufsstellen:

Berlin SW., Belle Alliance-Str. 102.	Stettin, W. Schillstr. 12.	Wien a. Rh., Eigelstein 66.
Stettin, Neifischlagerstr. 14.	Hannover, Klagenmarkt 7a.	Frankfurt a. M., Viehhofen-Str. 20.
Hamburg, Steinstr. 18.	Bremen, Hauptstr. 5.	München, Sendlingerstr. 10.
Düsseldorf, Schadowstr. 57.	Düsseldorf, Hauptstr. 75.	Dachauerstr. 83.
		Landbergerstr. 7.
		Humboldtstr. 22.
		Amalienstr. 28.

Herren- und Knaben-Bekleidung

Heinrich Taureck

Reinickendorferstr. 53, gegenüber der Wiesenstr.

Grösste, reellste und billigste Einkaufsquelle des Weddings.

Empfehle Einlegungs-Anzüge in größter Auswahl von 6 bis 24 R. Herren-Anzüge und Valetots von 8 bis 36 R.

Arbeiter-Bekleidung für sämtliche Berufsweige.

Grobes Lager in- und ausländischer Stoffe zur Anfertigung nach Maß unter Leitung erster Weiker. [10140]

Möbel-Ausstellung 166 II. Oranien-Strasse 166 II. am Oranienplatz.

Selten günstiges Angebot!

Dauerhafte Auszieh-Tische 14,50.

Bettstelle, nussbaum poliert, mit Federmatze u. Kissen, dauerh. Polster, gut. Dreil. 24,--.

Kleiderschrank m. Muschelaufsatz 26,--.

Schlafsofa mit Sitzauszug, gutem Polster und dauerhaftem Bezug, 22,--.

einfachen sowie besseren Wohnungs-Einrichtungen zu enorm billigen Preisen.

Verständigung ohne Kaufmanns Herrn gebietet.